



Rheinland-Pfalz

PRÄSIDENT DES
LANDESSOZIALGERICHTS

STREITWERTKATALOG

für die Sozialgerichtsbarkeit

5. Auflage 2017

Stand März 2017

Überarbeitung des von der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Landessozialgerichte am 16. Mai 2006 auf Vorschlag des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz beschlossenen Streitwertkatalogs 2006

Vorbemerkungen

Der **Streitwert** (Wert des Streitgegenstandes; § 3 des Gerichtskostengesetzes -GKG-) ist auch in den Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit maßgebend für die Höhe der gerichtlichen Kosten (Gebühren und Auslagen). Kosten werden nur in den Verfahren erhoben, in denen § 197a des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) anzuwenden ist (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 GKG). Die Verfahrensgebühr wird mit der Einreichung des Begehrens fällig (§ 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 GKG).

Der Streitwertkatalog soll dazu beitragen, die Maßstäbe der Festsetzung des Streitwerts zu **vereinheitlichen** und die Entscheidungen der Gerichte **vorhersehbar** zu machen. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit und kann die Gerichte nicht davon entbinden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls eine eigenständige Entscheidung zu Fragen des Streitwerts zu treffen.

Der Streitwertkatalog ist eine **Empfehlung** auf der Grundlage der Rechtsprechung der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsliteratur und ergänzend auch der Rechtsprechung anderer Gerichtsbarkeiten. Die Empfehlungen sind Vorschläge ohne verbindliche Wirkung für die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit (vgl. LSG Nordrhein-Westfalen, 17.12.2009 - L 11 B 7/09 KA -; 13.9.2016 - L 11 KA 78/15 -; LSG Sachsen-Anhalt, 10.01.2011 - L 10 KR 71/10 B -).

Der Streitwertkatalog wird in regelmäßigen Zeitabständen aktualisiert und fortgeschrieben werden. Zuständig hierfür ist das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz.

Hinweis: Durch Anklicken erfolgt eine Weiterleitung zum jeweiligen Gliederungspunkt.

Inhaltsverzeichnis

A.	Allgemeiner Teil.....	1
I.	Grundlagen der Streitwertfestsetzung	1
1.	Grundsätzliches zur Kostenfreiheit und Kostenpflichtigkeit (§§ 183, 197a SGG)	1
2.	Wertgrundregeln (§ 52 GKG).....	2
3.	Wertfestsetzung (§ 63 Abs. 1 und 2 GKG).....	4
4.	Nebenforderungen (§ 43 GKG).....	5
5.	Wiederkehrende Leistungen (§ 42 Abs. 1 GKG).....	5
6.	Verjährung	6
II.	Klagearten, Einstweilige Anordnung.....	6
1.	Klage-/Antragshäufung	6
2.	Klageänderung	7
3.	Feststellungsklage	7
4.	Bescheidungsklage.....	7
5.	Untätigkeitsklage	7
6.	Widerklage (§ 45 Abs. 1 S. 1 und 3; Abs. 2 GKG).....	7
7.	Stufenklage.....	8
8.	Auskunftsklage	8
9.	Fortsetzungsfeststellungsklage (§ 131 Abs. 1 Satz 3 SGG).....	9
10.	Einstweilige Anordnung	9
III.	Verfahrensrecht	9
1.	Verbindung und Trennung mehrerer Rechtsstreitigkeiten (§ 113 SGG; 202 S. 1 SGG i.V.m. § 145 Abs. 1 ZPO).....	9
2.	Gerichtlicher Vergleich; Klagerücknahme	9
3.	Beigeladene.....	10
4.	Verfahren auf Gewährung von Akteneinsicht	10
IV.	Beschwerde gegen die Streitwertfestsetzung; Abänderung der Festsetzung; Erinnerung gegen den Kostenansatz	10
1.	Beschwerde gegen Festsetzung des Streitwerts (§ 68 GKG)	10
2.	Abänderung des Streitwerts durch das Rechtsmittelgericht (§ 63 Abs. 3 GKG)	12
3.	Erinnerung gegen den Kostenansatz (§ 66 Abs. 1 GKG); Beschwerde (§ 66 Abs. 2 GKG).....	12
4.	Gegenvorstellung.....	12
5.	Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung (§ 21 GKG)	13
V.	Streitwert im Rechtsmittelverfahren.....	13
1.	Allgemeines	13
2.	Nichtzulassungsbeschwerde.....	13
3.	Rechtswegbeschwerde.....	14

4.	Zurückverweisung.....	14
5.	Anhörungsrüge (§ 178a SGG).....	14
6.	Beschwerde gegen Ablehnung von Prozesskostenhilfe in Verfahren nach § 197a SGG	14
VI.	Einzelfälle	14
1.	Widerspruchsverfahren.....	14
2.	Ablehnung eines Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit (§ 118 Abs. 1 Satz 1 SGG)	15
3.	Ordnungsgeld gegen Sachverständigen (§§ 118 Abs. 1 SGG, 411 Abs. 2 ZPO); Beschwerde	15
4.	Ablehnung von Gerichtspersonen (§ 60 SGG); unzulässige Beschwerde (§ 172 Abs. 2 SGG)	15
5.	Befundbericht; Klage des Arztes auf höhere Vergütung (JVEG)	15
6.	Antrag/Klage eines vollmachtlosen Vertreters.....	15
7.	Auferlegung von Kosten bei von Behörden unterlassenen Ermittlungen (§ 192 Abs. 4 SGG)	16
8.	Hausverbot	16
9.	Übertragung und Verpfändung (§ 53 SGB I).....	16
10.	Vollstreckung nach der ZPO (§ 198 SGG)	16
11.	Gerichtliches Vollstreckungsverfahren nach § 201 SGG.....	16
12.	Dienstaufsichtsbeschwerde	17
13.	Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren (§§ 202 SGG, 198 GVG).....	17
B.	Besonderer Teil.....	18
I.	SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende	18
II.	SGB III - Arbeitsförderung	20
III.	SGB IV - Aufsichtsrecht, Sozialversicherungswahl.....	24
IV.	SGB IV - KSVG; Beitragsrecht	26
V.	SGB V - Krankenversicherung	30
VI.	SGB V - Vertragsarztrecht.....	42
VII.	SGB VI - Rentenversicherung	59
VIII.	SGB VII - Unfallversicherung	62
IX.	SGB XI - Pflegeversicherung	65
X.	SGB XII - Sozialhilfe.....	68

A. Allgemeiner Teil

I. Grundlagen der Streitwertfestsetzung	
1. Grundsätzliches zur Kostenfreiheit und Kostenpflichtigkeit (§§ 183, 197a SGG)	
1.1	Für die Anwendung des § 197a SGG ist auf die Stellung eines Beteiligten im jeweiligen Rechtszug abzustellen. Ein Kostenprivilegierter hat auch dann keine Gerichtskosten zu tragen, wenn er in seiner ursprünglichen Rolle als Beigeladener in einem Prozess zwischen Nichtprivilegierten Rechtsmittel einlegt. Diese Kostenprivilegierung erstreckt sich dann auch auf einen nicht privilegierten Rechtsmittelführer (BSG, 13.4.2006 - B 12 KR 21/05 B -; 29.5.2006 - B 2 U 391/05 B -; 29.11.2011 - B 2 U 27/10 R -; 24.5.2012 - B 9 V 2/11 R -); die Kostenprivilegierung gilt dann nicht, wenn nur ein nicht Kostenprivilegierter Rechtsmittel einlegt (BSG, 24.3.2016 - B 12 KR 6/14 R -).
1.2	Versicherter gem. § 183 S. 1 SGG ist - unabhängig vom Ausgang des Verfahrens - jeder Beteiligte, über dessen Status als Versicherter gestritten wird. Auch wenn der Beteiligte die vom Versicherungsträger behauptete Versicherten-eigenschaft bestreitet, gilt der insoweit allgemeine Rechtsgedanke des § 183 Satz 3 SGG (BSG, 5.10.2006 - B 10 LW 5/05 R -; 27.10.2009 - B 1 KR 12/09 R -); aber dann nicht für Vorverfahrenskosten, die in einem nachfolgenden Rechtsstreit geltend gemacht werden (BSG, 5.10.2006 - B 10 LW 5/05 R -).
1.3	Eine Kostenprivilegierung eines behinderten Menschen gem § 183 S. 1 SGG setzt voraus, dass um ein Recht gestritten wird, das gerade behinderten Menschen in dieser Eigenschaft zusteht (BSG, 6.6.2016 - B 13 SF 11/16 S -; 15.2.2017 - B 13 SF 4/17 S -).
1.4	Eine Sonderrechtsnachfolge nach § 183 S. 1 SGG, § 56 Abs. 1 S. 1 SGB I setzt voraus, dass fällige Ansprüche auf laufende Geldleistungen Streitgegenstand sind. Dies ist beim Begehren auf Feststellung eines Versicherungsfalls nicht gegeben (BSG, 27.10.2016 - B 2 U 45/16 B -), allerdings bei einem Begehren auf Kostenerstattung nach § 13 Abs. 3 SGB V möglich (vgl. B. V. 1.). Die einheitliche Kostenprivilegierung gilt auch bei nur teilweiser Sonderrechtsnachfolge, wenn im übrigen Erbfall nach § 58 SGB I (Hessisches LSG, 8.10.2013 - L 2 R 241/12 -).
1.5	Bei Miterben <keine Kostenprivilegierung nach § 183 S. 1 SGG> richtet sich die Höhe des Streitwert nicht nach dem Erbteil des Miterben, sondern nach dem Gesamtwert der für die Erbengemeinschaft begehrten Leistung (BSG, 25.2.2015 - B 3 P 15/14 B -).

1.6	Bzgl. der Rücknahme eines Bewilligungsbescheides gegenüber dem Leistungsempfänger Kostenprivilegierung der Hinterbliebenen als Sonderrechtsnachfolger (§ 183 S. 1 SGG) möglich, aber nicht hinsichtlich der Erstattungsforderung, insoweit gilt § 197a SGG <kein fälliger Geldleistungsanspruch, außerdem gegen den Berechtigten> (BSG, 20.3.2013 - B 5 R 16/12 R -; unveröff. Beschluss vom 11.10.2012 - B 5 R 16/12 R -).
1.7	Für sonstige Rechtsnachfolger gem. § 183 S. 2 SGG gilt die Kostenprivilegierung nur in dem Rechtszug, in welchem sie das Verfahren aufnehmen; dies gilt auch bei einer Nachlasspflegschaft (BSG, 22.10.2015 - B 13 R 190/15 B -).
1.8	Die Kostenprivilegierung gilt nach § 183 S. 3 SGG für denjenigen, der sich eines Rechts berührt, bei welchem die Voraussetzungen dieser Norm vorliegen (BSG, 13.7.2010 - B 8 SO 13/09 R -).
1.9	Die Kostenprivilegierung des § 183 S. 1 SGG entfällt bei einem Beteiligtenwechsel vor dem Beginn des Rechtszuges; vgl. auch § 183 Satz 2 SGG (BSG, 3.8.2006 - B 3 KR 24/05 R -).
1.10	Anwendung des § 183 SGG, wenn Prozesstandschaft für Kostenprivilegierten (BSG, 5.5.2015 - B 10 KG 1/14 R -; 17.3.2016 - B 11 AL 3/15 R -; 22.4.1998 - B 9 VG 6/96 R -).
1.11	Die Kostenprivilegierung des § 183 SGG gilt nur für statthafte Verfahren und Beschwerden <vgl. hierzu A. IV.1.10 und A.V.1.3>, auch wenn in der Hauptsache eine Kostenprivilegierung eingreift (Bayerisches LSG, 28.9.2015 - L 15 SF 36/15 B -; 7.10.2015 - L 15 RF 40/15 -; 25.8.2016 - L 15 SF 225/16 E -). Sie gilt nicht, wenn kein Bezug zu einem in § 183 SGG genannten Tatbestand vorliegt (BSG, 21.2.2017 - B 11 AL 7/17 B -).
2. Wertgrundregeln (§ 52 GKG)	
2.1	Ein Streitwert nach dem GKG ist nicht festzusetzen , wenn keine streitwertabhängigen Gerichtsgebühren anfallen <vgl. § 63 Abs. 1 Satz 1 GKG> (BSG, 1.9.2009 - B 1 KR 1/09 D -; 11.9.2009 - B 1 KR 3/09 D -; 7.9.2010 - B 1 KR 1/10 D -). Die Gebührentatbestände des GKG sind für Verfahren nach dem SGG abschließend und lassen eine analoge Anwendung nicht zu (BVerfG, 20.4.2010 - 1 BvR 1670/09 -).
2.2	Auf Antrag eines Rechtsanwalts (§§ 32 Abs. 2, 33 Abs. 1 RVG) ist zum Zwecke der anwaltlichen Gebührenfestsetzung eine Festsetzung des Streitwerts vorzunehmen (BSG, 1.9.2009 - B 1 KR 1/09 D -; 26.10.2010 - B 8 AY 1/09 R -; 16.1.2012 - B 11 SF 1/10 R -).

2.3	Für die Festsetzung des Streitwerts ist die sich aus dem Antrag des Klägers für ihn ergebende Bedeutung der Sache maßgebend, dh in der Regel das wirtschaftliche Interesse an der erstrebten Entscheidung (§ 52 Abs. 1 GKG; BSG, 5.10.1999 - B 6 KA 24/98 R -), maßgebend ist der weitestgehende Antrag (LSG Sachsen-Anhalt, 26.4.2012 - L 4 P 1/10 B -); keine Erhöhung im Hinblick auf das wirtschaftliche Interesse eines Beigeladenen (BSG, 12.12.1996 - 1 RR 5/90 -).
2.4	Der mittelbare wirtschaftliche Wert eines endgültigen oder vorläufigen Prozesserfolgs ist bei der Streitwertfestsetzung nicht zu berücksichtigen (BSG, 9.5.2000 - B 6 KA 72/97 R -; vgl. auch zu § 144 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGG; BSG, 6.2.1997 - 14/10 BKg 14/96 -).
2.5	Zwingende Anhebung des Streitwerts nach § 52 Abs. 3 S. 2 GKG: faktische, auf den ersten Blick erkennbare rein zukunftsbezogene <die zeitlich nachfolgenden Verwaltungsakte dürfen noch nicht erlassen sein> Auswirkungen auf gleichartige, wiederkehrende Geldleistungen oder Verwaltungsakte (vgl. Wiegand, KrV 2014, 137); nicht bei Klage gegen Aufnahme- und Beitragsbescheid bei beendeter Mitgliedschaft (BSG, 23.7.2015 - B 2 U 78/15 B -).
2.6	Bei Musterverfahren sind die wirtschaftlichen Folgewirkungen für andere Klageansprüche nicht zu berücksichtigen (BSG, 25.9.1997 - 6 RKA 65/91 -; 24.9.2008 - B 12 R 10/07 R -).
2.7	Betrifft der Antrag des Klägers eine bezahlte Geldleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt (auch Bescheide, mit welchen die Behörde einen Zahlungsanspruch geltend macht, Wiegand, KrV 2014, 137, 138) ist deren Höhe maßgebend (§ 52 Abs. 3 S. 1 GKG). Für die Ansetzung des Streitwerts ist der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle zuständig (Hartmann, Kostengesetze, 47. Aufl., § 63 GKG Rdnrn. 2-4).
2.8	Bietet der Sach- und Streitstand für die Bestimmung des Streitwerts keine genügenden Anhaltspunkte, ist ein Streitwert von 5000 Euro anzunehmen (§ 52 Abs. 2 GKG : Auffangwert bzw. Auffangstreitwert [BSG, 28.2.2006 - B 2 U 31/05 R -; 9.5.2006 - B 2 U 34/05 R -; 29.11.2011 - B 2 U 27/10 R; LSG Schleswig-Holstein, 14.03.2006 - L 4 KA 3/04 -; Hartmann, Kostengesetze, 47. Aufl., § 52 GKG Rdnr. 20]; auch Regelstreitwert [BSG, 20.10.2004 - B 6 KA 15/04 R -; 1.2.2005 - B 6 KA 70/04 B -; 15.1.2009 - B 3 KS 5/08 B -; 9.2.2016 - B 3 KR 46/15 B -] oder Regelwert [BSG, 28.11.2007 - B 6 KA 26/07 R -; 15.1.2008 - B 12 KR 69/07 B -; 5.6.2013 - B 6 KA 4/13 B -]). Ein Abschlag von diesem Auffangstreitwert ist nach der gesetzlichen Regelung nicht möglich (BSG, 21.7.2010 - B 7 AL 60/10 B -; 14.5.2012 - B 8 SO 78/11 B -), eine Rechtsgrundlage für eine Vervielfältigung des Auffangstreitwerts ist nicht gegeben (BSG, 8.12.2009 - B 12 R 7/09 B; 5.3.2010 - B 12 R 8/09 R -; Sächsisches LSG, 20.5.2016 - L 1 KA 10/16 B -), es sei denn, es liegen mehrere Streitgegenstände vor (BSG, 19.9.2006 - B 6 KA 30/06 B -).

2.9	Für die Wertberechnung ist der Zeitpunkt der den jeweiligen Streitgegenstand betreffenden Antragstellung maßgebend, die den Rechtszug einleitet (§ 40 GKG). Dies ist der Zeitpunkt der Klageerhebung bzw. der Einlegung des Rechtsmittels (BSG, 30.9.2015 - B 3 KS 1/14 R -; LSG Nordrhein-Westfalen, 14.9.2011 - L 2 U 298/11 B -). Eine nachträgliche Änderung kommt nach Abschluss des Verfahrens nicht in Betracht, was auch gilt, wenn die Einschränkung des Begehrens gleichzeitig mit der Rücknahme erklärt wird (BFH, 4.9.2014 - VIII E 4/14 -). Nach teilweiser Erledigung des Rechtsstreits ist in dieser Instanz keine gestaffelte Streitwertfestsetzung vorzunehmen (BSG, 16.7.2014 - B 3 KS 3/14 B -; a.A.: LSG Rheinland-Pfalz, 13.03.2007 - L 5 B 373/06 KNK -; 13.10.2014 - L 7 KA 5/14 B -; LSG Nordrhein-Westfalen, 20.05.2008 - L 16 B 87/07 KR -; 03.07.2008 - L 16 B 31/08 KR -; Bayerisches LSG, 14.09.2011 - L 2 U 298/11 B -; LSG Sachsen-Anhalt, 18.3.2013 - L 4 KR 104/12 B -; Sächsisches LSG, 30.5.2016 - L 1 KA 3/15 B -; vgl. auch A.II.2.). Liegen die Voraussetzungen des § 33 RVG nicht vor, kann sich ein Interesse des Rechtsanwalts aus § 32 RVG ergeben, den Streitwert nach Verfahrensabschnitten gestaffelt festzusetzen (LSG Baden-Württemberg, 15.3.2016 - L 11 R 5055/15 B -).
2.10	Eine Streitwertfestsetzung darf auch im Urteil erfolgen (BSG, vgl. z.B. 22.9.2009 - B 2 U 32/08 R -; 22.6.2010 - B 1 A 1/09 R -; 1.7.2010 - B 11 AL 6/09 R -; 9.11.2011 - B 12 KR 3/10 R -; 22.3.2012 - B 8 SO 2/11 R -; LSG Rheinland-Pfalz, 23.3.2009 - L 1 AL 25/09 B -; Hartmann, Kostengesetze, 47. Aufl., § 63 GKG Rdnr. 26; a.A.: LSG Berlin-Brandenburg, 12.11.2008 - L 9 KR 119/08 -; 30.6.2010 - L 9 KR 42/09 -).
2.11	Die Höhe des Streitwerts unterliegt nicht der Dispositionsfreiheit der Beteiligten (arg. § 61, § 63 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1 GKG; OLG Frankfurt a.M., 21.5.2013 - 17 W 15/13 -)
2.12	Der Streitwert ist auf volle Eurobeträge zu runden (BSG, 25.1.2017 - B 6 KA 44/16 B -).
3. Wertfestsetzung (§ 63 Abs. 1 und 2 GKG)	
3.1	Der Streitwert ist sogleich mit der Einreichung der Klage-, Antrags- oder Rechtsmittelschrift oder mit der Abgabe der entsprechenden Erklärung zu Protokoll ohne Anhörung der Beteiligten vorläufig festzusetzen (nicht mehr nach Beendigung des Rechtsstreits: Bayerisches LSG, 21.12.2016 - L 15 SF 130/16 -), wenn Gegenstand des Verfahrens nicht eine bestimmte Geldsumme in Euro ist oder gesetzlich kein fester Wert bestimmt ist (§ 63 Abs. 1 Satz 1 GKG). Ein Beschwerderecht gegen die vorläufige Streitwertfestsetzung ist nicht gegeben (LSG Rheinland-Pfalz, 21.12.2006 - L 5 B 350/06 KA -; LSG Baden-Württemberg, 3.12.2007 - L 5 KA 3492/07 W-B -; 29.3.2009 - L 11 R 882/11 B -; auch nicht aus § 32 Abs. 2 RVG: LSG Schleswig-Holstein, 9.7.2012 - L 4 SF 80/11 B SG -); auch eine Überprüfung im Rahmen der Beschwerde gegen den Kostenansatz (§ 66 Abs. 2 GKG) kommt nicht in Betracht (Thüringer LSG, 16.2.2007 - L 6 B 141/06 SF -; Bayerisches LSG, 22.4.2015 - L 15 SF 33/15 -).

3.2	<p>Angaben zum Streitwert haben frühzeitig bei oder nach Beginn eines Verfahrens zu erfolgen (§ 61 GKG), nicht nach Beendigung des Verfahrens (Bayerisches LSG, 11.3.2015 - L 16 R 1229/13 B -). Diese haben zwar keine Bindungswirkung, begründen aber ein wesentliches Indiz für die Höhe des Streitwerts (BGH, 26.3.1997 - III ZR 296/96 -; LAG Baden-Württemberg, 11.11.2014 - 5 Ta 122/14 -); Beweismittlungen und Beweiserhebungen sind nicht durchzuführen (LSG Nordrhein-Westfalen, 16.12.2015 - L 1 KR 414/15 B -; Sächsisches LSG, 20.5.2016 - L 1 KA 10/16 B -).</p>
3.3	<p>Spätestens nach Abschluss des Verfahrens ist der Streitwert von Amts wegen endgültig festzusetzen (§ 63 Abs. 2 GKG). Ein Antrag ist nicht notwendig, kann aber (vgl. § 32 Abs. 2 und § 33 Abs. 1 RVG durch Rechtsanwalt), gestellt werden. Die Festsetzung ist erst nach Beendigung der Rechtshängigkeit zulässig (Bayerisches LSG, 4.7.2006 - L 5 B 160/06 KR -); ein verfrüht ergangener endgültiger Festsetzungsbeschluss ist aufzuheben (Thüringer LSG, 10.12.2010 - L 6 KR 972/10 B -; keine Festsetzung bei Unterbrechung, Aussetzung bzw. Ruhen des Verfahrens und statistischer Erledigung: Sächsisches LSG, 19.3.2012 - L 3 AS 897/11 B -); vgl. zur Nachholung einer unterbliebenen Streitwertfestsetzung durch das Rechtsmittelgericht A. IV.2.2.</p>
<p>4. Nebenforderungen (§ 43 GKG)</p>	
4.1	<p>Sind außer dem Hauptanspruch noch Nebenforderungen (diese stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Hauptforderung und hängen sachlich-rechtlich von ihr ab, BGH, 13.2.2007 - VI ZB 39/06 -) betroffen, wird der Wert der Nebenforderungen nicht berücksichtigt (§ 43 Abs. 1 GKG). Sind Nebenforderungen ohne den Hauptanspruch betroffen, ist der Wert der Nebenforderungen maßgebend, soweit er den Wert des Hauptanspruchs nicht übersteigt (§ 43 Abs. 2 GKG). Diese Begrenzung auf die Höhe der Hauptforderung gilt nicht, wenn die Hauptforderung von vornherein nicht rechtshängig war oder erledigt ist und nur die Nebenforderung streitig ist (Zinsen, BSG, 8.9.2009 - B 1 KR 8/09 R -; 27.6.2012 - B 6 KA 65/11 B -).</p>
<p>5. Wiederkehrende Leistungen (§ 42 Abs. 1 GKG)</p>	
5.1	<p>Werden Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen dem Grunde oder der Höhe nach geltend gemacht oder abgewehrt, ist der dreifache Jahresbetrag der wiederkehrenden Leistungen maßgebend, wenn nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ist (§ 42 Abs. 1 GKG). Ist die Höhe des Jahresbetrags nicht nach dem Antrag des Klägers bestimmt oder nach diesem Antrag mit vertretbarem Aufwand bestimmbar, ist der Streitwert nach § 52 Abs. 1 und 2 GKG zu bestimmen (§ 42 Abs. 1 Satz 2 GKG). Vgl. allgemein zu dem dreifachen Jahresbetrag: BSG, 8.8.2013 - B 3 KR 17/12 R -, zu wiederkehrenden Rentenleistungen BSG, 22.10.2015 - B 13 R 190/15 B - und im Besonderen Teil z.B. B. VI.15.7.</p>

6. Verjährung	
6.1	Es gilt keine Verjährung für den Antrag auf Festsetzung des Streitwertes (BSG, 15.2.2001 - 6 RKa 20/83 -). Nach § 63 Abs. 1 und 2 GKG ist der Streitwert von Amts wegen festzusetzen.
II. Klagearten, Einstweilige Anordnung	
1. Klage-/Antragshäufung	
1.1	Richtet sich eine Klage gegen mehrere Beklagte , so ist der Streitwert auf ein Mehrfaches des wirtschaftlichen Wertes für den Kläger (§ 39 Abs. 1 GKG; BSG, 8.4.2005 - B 6 KA 60/04 B -), hilfsweise auf ein Mehrfaches des Regelstreitwertes festzusetzen.
1.2	Ein hilfsweise geltend gemachter Anspruch wird mit dem Hauptanspruch zusammengerechnet, soweit über ihn entschieden wird (§ 45 Abs. 1 S. 2 GKG). Betreffen die Ansprüche denselben Gegenstand, ist nur der Wert des höheren Anspruchs maßgebend (§ 45 Abs. 1 S. 3 GKG). „Derselbe Gegenstand“ nach S. 3 ist ein selbständiger kostenrechtlicher Begriff, der eine wirtschaftliche Betrachtung erfordert und hier vorliegt, wenn die in ein Eventualverhältnis gestellten Ansprüche nicht in der Weise nebeneinander bestehen können, dass - die Bedingung fortgedacht - allen stattgegeben werden könnte, sondern dass die Verurteilung gem. dem einen Antrag notwendigerweise die Abweisung des anderen Antrags nach sich zöge (BGH, 12.9.2013 - I ZR 58/11 -).
1.3	Bei subjektiver Klagehäufung kommt es nicht auf die Anzahl der Prozessrechtsverhältnisse, sondern darauf an, ob mehrere unterschiedliche Streitgegenstände vorliegen (BSG, 14.9.2006 - B 6 KA 24/06 B -; 19.9.2006 - B 6 KA 30/06 B -).
1.4	Ist bei teilbarem Streitgegenstand nur ein Teil kostenprivilegiert, so ist bei der Kostenentscheidung nach den Streitgegenständen zu differenzieren. Dies gilt sowohl bei einer objektiven Klagehäufung als auch bei einer Eventualklagehäufung (BSG, 26.7.2006 - B 3 KR 6/06 B -; 26.9.2006 - B 1 KR 1/06 R -; LSG Baden-Württemberg, 30.3.2012 - L 4 R 2043/10 -).
1.5	Ist bei unteilbarem Streitgegenstand ein kostenrechtlich Privilegierter Hauptbeteiligter, gilt für die jeweilige Instanz einheitlich die Regelung für Kostenprivilegierte. Dies gilt auch bei subjektiver Klagehäufung mit einem nicht Kostenprivilegierten (BSG, 29.5.2006 - B 2 U 391/05 B -; 26.7.2006 - B 3 KR 6/06 B -; 26.9.2006 - B 1 KR 1/06 R -; 30.7.2008 - B 5a/5 R 30/07 R -; 24.9.2008 - B 12 R 10/07 R -; nicht bei fehlendem Rechtsschutzbedürfnis des Kostenprivilegierten: LSG Niedersachsen-Bremen, 20.6.2016 - L 2 R 276/16 B ER -) und unabhängig davon, ob die Klagen von Anfang an gemeinsam erhoben oder erst nach einem gerichtlichen Verbindungsbeschluss in einem Verfahren geführt werden (Bayerisches LSG, 2.3.2010 - L 5 R 109/10 B -).

2. Klageänderung	
2.1	Eine Streitwertaddition ist nicht vorzunehmen, sondern ggfs. eine zeitlich gestaffelte Festsetzung (OLG Düsseldorf, 16.8.2010 - I-24 W 9/10 - auch zum Streitstand). vgl. auch A.I.2.9).
3. Feststellungsklage	
3.1	Der Streitwert ist grundsätzlich niedriger als der Streitwert der Leistungsklage (Bayerisches LSG, 15.7.2005 - L 3 B 154/05 KA). Bei einer Feststellungsklage, die mit einer Leistungsklage gleichwertig ist <gegen eine öffentlich-rechtliche Körperschaft>, bemisst sich der Streitwert nach dem Betrag, den der Kläger letztlich erstrebt; ein Abzug ist nicht vorzunehmen (BSG, 5.10.1999 - B 6 KA 24/98 R -; 6.12.2012 - B 11 AL 25/11 R -). Regelstreitwert, wenn Anhaltspunkte für eine anderweitige Festsetzung fehlen (BSG, 15.1.2009 - B 3 KS 5/08 B -). Streitfälle der Leistungs- und Feststellungsklage sind zusammenzurechnen (BSG, 23.8.2013 - B 8 SO 14/12 R -; 30.6.2016 - B 8 SO 6/15 R).
4. Bescheidungsklage	
4.1	Bei Verpflichtungs-Neubescheidungen beträgt der Wert des Streitgegenstandes drei Viertel bis zur Hälfte des Streitwerts der "Hauptsache" (Hälfte: LSG Baden-Württemberg, 23.5.1996 - L 5 Ka 653/96 W-A -; drei Viertel: LSG Schleswig-Holstein, 22.9.2003 - L 6 SF 22/03 SG -).
4.2	Bei Anfechtungs-Neubescheidungen ist der mit dem Verwaltungsakt angeforderte Betrag in voller Höhe als Streitwert zugrunde zu legen (BSG, 16.7.2008 - B 6 KA 57/07 R -).
5. Untätigkeitsklage	
5.1	Der Wert des Streitgegenstandes beträgt unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedeutung der Verzögerung 10 bis 25 v.H. des Streitwerts der "Hauptsache" (LSG Rheinland-Pfalz, 11.8.1994 - L 3 Sb 19/94 -; Bayerisches LSG, 9.10.2014 - L 5 R 604/14 B -), evtl. ein Drittel der "Hauptsache" (SG Berlin, 11.3.2009 - S 47 SO 2743/08 -) bzw. ein Zehntel des Auffangstreitwerts (LSG Nordrhein-Westfalen, 1.7.2013 - L 11 KA 31/13 B -); wenn auch das Begehren in der Sache verfolgt wird, Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 13.2.2012 - L 24 KA 22/11 B -).
6. Widerklage (§ 45 Abs. 1 S. 1 und 3; Abs. 2 GKG)	
6.1	Ob „derselbe Gegenstand“ nach S. 3 vorliegt, beurteilt sich unabhängig vom zivilprozessualen Streitgegenstand nach der wirtschaftlichen Identität, die gegeben ist, wenn beiden Anträgen gleichzeitig stattgegeben werden könnte (LSG Nordrhein-Westfalen, 3.7.2008 - L 16 B 31/08 KR -; 16.10.2013 - L 11 KR 210/13 B -; BGH, 11.3.2014 - VIII ZR 261/12 -); eine Zusammenrechnung nach S. 1 ist auch bei einer Eventualwiderklage möglich (BSG, 12.7.2012 - B 3 KR

	18/11 R -), aber nicht bei Rücknahme der Eventualwiderklage (LSG Nordrhein-Westfalen, 3.4.2017 - L 1 KR 922/16 B -).
6.2	Bei einer Hauptaufrechnung <kein Fall des § 45 Abs. 3 GKG> und Widerklage ist ebenfalls eine Zusammenrechnung möglich (LSG Nordrhein-Westfalen, 6.12.2016 - L 1 KR 358/15 -; a.A.: LSG Nordrhein-Westfalen, 15.8.2016 - L 11 KR 372/16 B -).
7. Stufenklage	
7.1	Für die Wertberechnung ist nur einer der verbundenen Ansprüche, und zwar der höhere , maßgebend (§ 44 GKG). Dies gilt aber nur, wenn in einer Instanz über beide Ansprüche entschieden wird. Wird nur über einen Anspruch entschieden, ist der Streitwert nur anhand dieses Anspruchs zu bemessen (BSG, 28.2.2007 - B 3 KR 12/06 R -; LSG Nordrhein-Westfalen, 21.3.2012 - L 11 KR 628/11 B -).
7.2	Ist nur der Herausgabe- bzw. Auskunftsanspruch Streitgegenstand, ist ein Abschlag vom Leistungsanspruch vorzunehmen (ein Zehntel des voraussichtlichen Leistungsanspruchs, wenn die fraglichen Verhältnisse schon fast bekannt sind). Der Streitwert kann aber auch deutlich höher liegen und den Wert des Zahlungsanspruchs erreichen, je nachdem in welchem Umfang der Kläger auf die Auskunft angewiesen ist (BSG, 28.2.2007 - B 3 KR 12/06 R -; 28.11.2013 - B 3 KR 27/12 R -; 27.11.2014 - B 3 KR 7/13 R -), darf aber den Zahlungsanspruch nicht übersteigen (BSG, 13.11.2012 - B 1 KR 24/11 R -).
7.3	Sind sowohl der Auskunfts- bzw. Herausgabeanpruch und der Zahlungsanspruch Streitgegenstand, ist nur der höhere Anspruch maßgebend (BSG, 18.7.2013 - B 3 KR 22/12 R -; 1.7.2014 - B 1 KR 48/12 R -; 29.3.2016 - B 1 KR 126/15 B -); bei fehlenden Anhaltspunkten Auffangstreitwert (LSG Nordrhein-Westfalen, 16.12.2015 - L 1 KR 75/15 B und L 1 KR 414/15 B -; Sächsisches LSG, 20.5.2016 - L 1 KA 10/16 B -).
7.4	Bei einem Teilurteil zur ersten Stufe Streitwertfestsetzung erst im Endurteil, es sei denn es liegt eine „stecken gebliebene“ Stufenklage (Zahlungsanspruch wird nicht mehr beziffert oder aufgerufen <auch dann Wert des höheren Anspruchs maßgebend>) vor (LSG Nordrhein-Westfalen, 16.5.2012 - L 1 (16) KR 265/09 -).
8. Auskunftsklage	
8.1	Wirtschaftliches Interesse an der Auskunft, im Regelfall niedriger als der Wert des Leistungsanspruchs; ein Zehntel des voraussichtlichen Leistungsanspruchs, wenn die fraglichen Verhältnisse schon fast bekannt sind, kann auch deutlich höher liegen und fast den Wert des Zahlungsanspruchs erreichen, etwa wenn der Kläger einen Zahlungsanspruch ohne die Auskunft voraussichtlich nicht erreichen kann (BSG, 28.2.2007 - B 3 KR 12/06 R -; ein Viertel des mutmaßlichen Zahlungsanspruchs, LSG Niedersachsen-Bremen, 22.4.2009 - L 1 KR 60/09 B -; 25.6.2009 - L 4 KR 168/09 B -; beim Begehren auf Herausgabe eines Rentenbescheides < hier eher Auskunftsanspruch> LSG Nordrhein-Westfalen, 27.4.2012 - L 18 KN 242/11 B -).

9. Fortsetzungsfeststellungsklage (§ 131 Abs. 1 Satz 3 SGG)	
9.1	Die Hälfte des Streitwerts (BSG, 10.3.2010 - B 3 KR 26/08 R -; LSG Nordrhein-Westfalen, 16.4.2010 - L 1 B 16/09 AL -).
10. Einstweilige Anordnung	
10.1	Der Streitwert beträgt ein Viertel bis zur Hälfte des Streitwerts der Hauptsache je nach deren wirtschaftlicher Bedeutung. Bei Vorwegnahme der Hauptsache ist in der Regel der volle Streitwert festzusetzen. Voller Auffangstreitwert in Verfahren nach § 86b SGG (§§ 53 Abs. 2 Nr. 4, 52 Abs. 2 GKG; Sächsisches LSG, 24.02.2010 - L 1 P 1/10 B ER -; LSG Berlin-Brandenburg, 29.3.2010 - L 27 P 14/10 B ER -; LSG Sachsen-Anhalt, 11.8.2011 -L 4 P 8/11 B ER-; LSG Niedersachsen-Bremen, 12.8.2011 -L 15 P 2/11 B ER-; Bayerisches LSG, 30.7.2015 - L 8 SO 146/15 B ER-; a.A: Minderung des Aufgangstreitwerts je nach wirtschaftlicher Bedeutung, LSG Rheinland-Pfalz, 17.4. 2014 - L 7 KA 6/14 B -; Sächsisches LSG, 11.6.2012 - L 7 SO 22/10 B ER -).
10.2	Bei Verfahren nach § 86a Abs. 2 und § 86b Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGG: ein Viertel des Hauptsachestreitwertes (BSG, 29.8.2011 - B 6 KA 18/11 R -; LSG Baden-Württemberg, 14.2.2007 - L 5 KR 2854/06 W-A -; 13.2.2012 -L 13 R 4441/11 B-; LSG Berlin-Brandenburg, 2.3.2012 - L 2 U 164/11 B ER -).
III. Verfahrensrecht	
1. Verbindung und Trennung mehrerer Rechtsstreitigkeiten (§ 113 SGG; 202 S. 1 SGG i.V.m. § 145 Abs. 1 ZPO)	
1.1	Bis zur Verbindung gesonderte Festsetzung für jedes Verfahren, danach gem. § 39 Abs. 1 GKG Zusammenrechnung (BSG, 23.3.2010 - B 8 SO 2/09 R -), bei Abtrennung Festsetzung eines eigenen Werts (§ 36 GKG) für das abgetrennte Verfahren rückwirkend auf den Zeitpunkt der Verfahrenseinleitung (Schleswig-Holsteinisches LSG, 19.1.2015 - L 5 KR 180/15 B -; Sächsisches LSG, 10.1.2017 - L 7 AS 365/14 - <auch zu der Frage der Nichterhebung von Kosten gem. § 21 Abs. 1 S. 1 GKG, vgl. auch A.IV.5.1>).
2. Gerichtlicher Vergleich; Klagerücknahme	
2.1	Wenn Einigung im gerichtlichen Vergleich auch über nicht streitgegenständliche Ansprüche oder Rechtsverhältnisse: abweichend von § 40 GKG Zusammenrechnung aller Streitgegenstände (OVG Rheinland-Pfalz, 8.7.2011 - 10 B 10684/11 -; LSG Rheinland-Pfalz, 25.8.2011 - L 5 KA 38/11 B -); beim außergerichtlichen Vergleich Wertfestsetzung auf Antrag des Rechtsanwalts nach § 33 Abs. 1 RVG.

2.2	Bei Streit über die Wirksamkeit eines Prozessvergleichs (Begehren ist Fortsetzung des Rechtsstreits) Wert der ursprünglich gestellten Anträge maßgebend (BGH, 19.9.2012 - V ZB 56/12 -); dies gilt auch bei einem Streit über die Wirksamkeit einer Klagerücknahme (LSG Rheinland-Pfalz, 13.10.2015 - L 6 AS 432/14 -; LSG Berlin-Brandenburg, 28.12.2016 - L 14 AL 745/16 -).
2.3	Zur gestaffelten Streitwertfestsetzung bei teilweiser Erledigung: vgl. A.I.2.9 und A.II.2.1.
3. Beigeladene	
3.1	Für Beigeladene ist grundsätzlich der Antrag des Klägers maßgebend. Eine gesonderte Streitwertfestsetzung <niedriger, wenn kein eigenes Interesse am Ausgang des Rechtsstreits> ist zulässig (BSG, 19.2.1996 - 6 RKA 40/93 -). Der Streitwert darf jedoch nicht höher als der für die Hauptbeteiligten festgesetzt werden (BSG, 25.11.1992 - 1 RR 1/91 -); vgl. auch A.I.2.3.
4. Verfahren auf Gewährung von Akteneinsicht	
4.1	Auffangstreitwert (Bayerisches LSG, 16.11.2011 - L 2 U 414/11 B -).
IV. Beschwerde gegen die Streitwertfestsetzung; Abänderung der Festsetzung; Erinnerung gegen den Kostenansatz	
1. Beschwerde gegen Festsetzung des Streitwerts (§ 68 GKG)	
1.1	Wert des Beschwerdegegenstands (§ 68 Abs. 1 S. 1 GKG): Berechnung nicht aus der Differenz des festgesetzten und erstrebten Streitwerts, sondern aus der Differenz der Gebühren (LSG Baden-Württemberg, 30.8.2016 - L 6 SB 2664/16 B -).
1.2	Beschwer des Rechtsmittelführers nötig, die grundsätzlich voraussetzt, dass er kostenpflichtig ist und eine Herabsetzung des Streitwerts begehrt (LSG Sachsen-Anhalt, 16.2.2015 - L 9 KA 7/14 B -). Ausnahmsweise auch bei einer begehrten Streitwerterhöhung des Kostenerstattungsberechtigten gegeben, wenn eine Honorarvereinbarung mit dem Prozessbevollmächtigten besteht, nach welcher ein höheres Honorar als nach der bisherigen Streitwertfestsetzung geschuldet ist (Sächsisches LSG, 30.5.2016 - L 1 KA 3/15 B -; a.A.: LSG Nordrhein-Westfalen, 24.2.2006 - L 10 B 21/05 KA -).
1.3	Beschwerdefrist: §§ 68 Abs. 1 S. 3, 63 Abs. 3 S. 2 GKG. Einzulegen beim iudex a quo (§§ 68 Abs. 1 S. 5, 66 Abs. 5 S. 5 GKG), weshalb § 173 S. 2 SGG nicht gilt (Sächsisches LSG, 29.6.2016 - L 7 AS 749/15 B -).
1.4	Möglich auch wenn Streitwertfestsetzung im Urteil erfolgt ist (vgl. A.I.2.10.), da darin Beschluss zu sehen (Meyer-Ladewig, SGG, 11. Aufl. § 197a Rdnr. 5). Das Gericht ist an keine Anträge gebunden. Es gilt auch nicht das Verschlechterungsverbot (BSG, 5.10.2006 - B 10 LW 5/05 R -).

1.5	Vor der Entscheidung über die Beschwerde hat das SG nach §§ 68 Abs. 1 S. 5, 66 Abs. 3 S.1 GKG über die Abhilfe zu entscheiden (LSG Rheinland-Pfalz, 27.4.2009 - L 5 B 451/08 KA -), ein Aktenvermerk ist ausreichend (LSG Baden-Württemberg, 17.7.2014 - L 11 R 2546/14 B -). Jedoch keine Verfahrensvoraussetzung für Beschwerdeinstanz, eine Nachholung muss nicht veranlasst werden (Sächsisches LSG, 30.5.2016 - L 1 KA 3/15 B -).
1.6	Der Rechtsanwalt kann aus eigenem Recht eine Streitwertbeschwerde erheben (§§ 32 Abs. 2, 33 Abs. 3 RVG; LSG Nordrhein-Westfalen, 24.2.2006 - L 10 B 21/05 KA -; 3.4.2017 - L 1 KR 922/16 B -); dies gilt nicht bei einer vorläufigen Festsetzung des Streitwerts (LSG Rheinland-Pfalz, 21.12.2006 - L 5 B 350/06 KA -; LSG Baden-Württemberg, 3.12.2007 - L 5 KA 3492/07 W-B -). Über die Beschwerde entscheidet grundsätzlich der Berichterstatter (§ 33 Abs. 8 RVG; LSG Nordrhein-Westfalen, 17.11.2015 - L 1 KR 323/15 B -).
1.7	Über Beschwerden gegen die Festsetzung des Streitwerts entscheidet aufgrund der Spezialzuweisung des § 68 Abs. 1 Satz 5 iVm § 66 Abs. 6 Satz 1 GKG allein der Berichterstatter (wohl hM: vgl. Meyer-Ladewig, SGG, 11. Aufl., § 155 Rdnr. 9d; Thüringer LSG, 25.6.2013 - L 12 R 504/13 B -; Sächsisches LSG, 30.5.2016 - L 1 KA 3/15 B -; LSG Sachsen-Anhalt, 16.2.2015 - L 9 KA 7/14 B -; Bayerisches LSG, 7.7.2015 - L 7 R 4/15 B -; LSG Nordrhein-Westfalen, 17.11.2015 - L 1 KR 323/15 B -; 16.1.2017 - L 11 KA 28/16 B -; LSG Baden-Württemberg, 30.8.2016 - L 6 SB 2664/16 B -), wobei die Möglichkeit der Übertragung auf den Senat (§ 66 Abs. 6 Satz 2 GKG) besteht.
1.8	Die Ablehnung einer Streitwertfestsetzung stellt einen beschwerdefähigen Beschluss dar (LSG Nordrhein-Westfalen, 23.07.2007 - L 1 B 18/07 AL -; Hartmann, Kostengesetze, 42. Aufl., § 63 GKG Rdnr. 26).
1.9	Eine unselbstständige Anschlussbeschwerde entsprechend § 567 Abs. 3 ZPO ist zulässig (Hessisches LSG, 31.5.2010 - L 1 KR 352/09 B -; LSG Sachsen-Anhalt, 26.4.2012 - L 4 P 1/10 B -).
1.10	Das Verfahren ist gebührenfrei (§ 68 Abs. 3 Satz 1 GKG). Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten (§ 68 Abs. 3 Satz 2 GKG); dies gilt auch bei einer unzulässigen Beschwerde (vgl. Schneider, NJW, 2011, 2628, 2630), jedoch nicht bei einer unstatthaften Beschwerde (BGH, 3.3.2014 - IV ZB 4/14 -; BFH, 15.2.2008 - II B 84/07 -; a.A.: LSG Baden-Württemberg, 29.3.2009 - L 11 R 882/11 B -).
1.11	Das Verbot der reformatio in peius gilt nicht <Grundsatz der Streitwertwahrheit>, auch für das Rechtsmittel des Rechtsanwalts gem. §§ 32 Abs. 2, 33 Abs. 3 RVG (Bayerisches LSG, 30.4.2015 - L 7 AS 640/13 B -; LAG München, 23.6.2015 - 3 Ta 170/15 -).

2. Abänderung des Streitwerts durch das Rechtsmittelgericht (§ 63 Abs. 3 GKG)	
2.1	Für den Wert des Streitgegenstands des ersten Rechtszuges ist gemäß § 47 Absatz 2 GKG nicht der in erster Instanz festgesetzte, sondern der objektiv angemessene Streitwert maßgeblich. Die Abänderung der erstinstanzlichen Streitwertfestsetzung steht gemäß § 63 Abs. 3 S. 1 GKG im Ermessen des Rechtsmittelgerichts (BSG, 19.9.2006 - B 6 KA 30/06 B -). Dies gilt auch bei unzulässigen Beschwerden (BSG, 10.6.2010 - B 2 U 4/10 B -; 7.3.2017 - B 2 U 140/16 B -) und bei Nichtzulassungsbeschwerden (BSG, 11.7.2013 - B 3 KR 6/13 B -).
2.2	Eine unterbliebene Streitwertfestsetzung kann vom Rechtsmittelgericht jedenfalls bei betragsmäßig von vornherein feststehendem und offensichtlich gleich gebliebenem Streitwert in erweiternder Auslegung des § 63 Absatz 3 Satz 1 GKG nachgeholt werden (BSG, 5.10.2006 - B 10 LW 5/05 R -).
2.3	Eine infolge Streitwertänderung (rechnerisch) unrichtig (gewordene) Kosten- grundentscheidung kann durch die Vorinstanz nicht im Wege der Urteilsberich- tigung geändert werden (BGH, 17.11.2015 - II ZB 20/14 -).
3. Erinnerung gegen den Kostenansatz (§ 66 Abs. 1 GKG); Beschwerde (§ 66 Abs. 2 GKG)	
3.1	Bei der Entscheidung über die Erinnerung (durch den Einzelrichter: BSG, 19.9.2014 - B 13 SF 6/14 S -; 6.6.2016 - B 13 SF 11/16 S -) kann die Streitwert- festsetzung wegen der eingetretenen Bestandskraft nicht geändert werden (BSG, 6.6.2016 - B 13 SF 11/16 S -; Bayerisches LSG, 4.7.2014 - L 15 SF 183/14 E -; 11.9.2015 - L 15 SF 249/15 E -; 15.10.2015 - L 15 SF 281/15 -); jedoch Prüfung der Nichterhebung von Gerichtskosten (§ 21 Abs. 1 GKG) möglich (BSG, 10.1.2017 - B 13 SF 19/16 S -), vgl. A. IV. 5..
3.2	Ohne endgültigen Streitwertbeschluss (§ 63 Abs. 2 GKG) darf eine endgültige Gerichtskostenfeststellung nicht ergehen (Bayerisches LSG, 21.12.2016 - L 15 SF 130/16 -).
4. Gegenvorstellung	
4.1	Gegen unanfechtbare Streitwertbeschlüsse ist die Gegenvorstellung statthaft. Die Einlegung muss innerhalb eines Monats <Frist zur Einlegung einer Verfassungsbeschwerde> erfolgen (BSG, 8.9.1997 - 3 RK 27/95 -); a.A: sechs Monate entspr. §§ 68 Abs. 1 S. 3, 63 Abs. 3 S. 2 GKG, BGH, 22.11.2016 - XI ZR 305/14 -.
4.2	Auch im Gegenvorstellungsverfahren ist eine Kostenentscheidung zu treffen (BSG, 28.7.2005 - B 13 RJ 178/05 B -; Bayerisches LSG, 28.9.2015 - L 15 RF 36/15 B -), aber der Streitwert nur dann festzusetzen, wenn eine anwaltliche Vertretung vorlag (LSG Nordrhein-Westfalen, 27.1.2009 - L 16 B 24/08 R -; Bayerisches LSG, 28.9.2015 - L 15 RF 36/15 B -).

5. Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung (§ 21 GKG)	
5.1	Soweit Kosten zu Unrecht erhoben wurden, ist die Erinnerung gegen den Kostenansatz gem. § 66 GKG möglich, vgl. A. IV. 3.1 (BSG, 29.12.2011 - B 13 SF 3/11 S -; 19.9.2014 - B 13 SF 6/14 S -, Bayerisches LSG, 18.4.2016 - L 15 SF 99/16 -); zu Verfahren der Urteilsberichtigung: BSG, 6.3.2012 -B 1 KR 43/11 B-) und der Verfahrenstrennung: LSG Nordrhein-Westfalen, 3.5.2016 - L 5 KR 190/15 B -; 4.7.2016 - L 11 KR 191/15 B -; Sächsisches LSG, 10.1.2017 - L 7 AS 365/14 -.
V. Streitwert im Rechtsmittelverfahren	
1. Allgemeines	
1.1	Im Rechtsmittelverfahren bestimmt sich der Streitwert nach den Anträgen des Rechtsmittelführers (§ 47 Abs. 1 Satz 1 GKG), nur ausnahmsweise nach der Beschwer (§ 47 Abs. 1 Satz 2 GKG). Es bleibt bei der Streitwertberechnung nach § 52 GKG entsprechend der Bedeutung der Sache für den Kläger, wenn der Streitgegenstand unverändert geblieben ist und der Beklagte als Rechtsmittelführer nach wie vor die Abweisung der Klage beantragt (BSG, 28.2.2007 - B 3 KR 12/06 R -, 12.6.2008 - B 3 P 2/07 R -; 8.8.2013 - B 3 KR 17/12 R -).
1.2	Anschlussberufung, Anschlussbeschwerde, Anschlussrevision: Addition der Streitwerte, wenn unterschiedliche Streitgegenstände <vgl. § 45 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 GKG> (LSG Berlin, 30.1.2004 - L 15 B 41/00 KR ER -; Hessisches LSG, 29.4.2009 - L 4 KA 76/08 -; LSG Nordrhein-Westfalen, 16.3.2011 - L 11 KA 96/10 B ER -; BSG, 17.2.2009 - B 2 U 38/06 R -).
1.3	Bei einer unstatthaften Beschwerde greift keine Gebührenbefreiung auch wenn der Beschwerdeführer im Hauptsacheverfahren kostenprivilegiert ist (Bayerisches LSG, 11.5.2015 - L 15 SF 383/13 E-; 25.8.2016 - L 15 SF 225/16 E -). Keine Streitwertfestsetzung notwendig, da eine Festgebühr gem. Nr. 7504 Anl. 1 zum GKG anfällt.
2. Nichtzulassungsbeschwerde	
2.1	Der Streitwert bemisst sich gemäß § 47 Absatz 3 GKG nach dem Streitwert des Rechtsmittelverfahrens (BSG, 12.9.2006 - B 6 KA 70/05 B -; 25.7.2011 - B 12 KR 114/10 B -).
2.2	Wird ein Rechtsmittel und hilfsweise eine Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt ist ein gesonderter Streitwert für die Nichtzulassungsbeschwerde nicht festzusetzen (BGH, 9.12.2014 - X ZR 94/13 -).

3. Rechtswegbeschwerde	
3.1	Im Verfahren über eine Rechtswegbeschwerde ist eine Kostenentscheidung zu treffen, da § 17b Abs. 2 GVG hier keine Anwendung findet (BSG, 29.9.1994 - 3 BS 2/93 -; 9.2.2006 - B 3 SF 1/05 R -; 1.4.2009 - B 14 SF 1/08 R -). Der Streitwert beträgt im Regelfall ein Fünftel, höchstens bis zu einem Drittel des Hauptsachewerts (BSG, 6.9.2007 - B 3 SF 1/07 R -; 29.7.2014 - B 3 SF 1/14 R -; 21.7.2016 - B 3 SF 1/16 R -). Keine Streitwertfestsetzung notwendig, wenn die Beschwerde verworfen oder zurückgewiesen wird, da sich dann die Gerichtsgebühr nicht nach einem Streitwert richtet, sondern eine Festgebühr gem. Nr. 7504 Anl. 1 zum GKG anfällt (BSG, 26.10.2010, - B 8 AY 1/09 R -; 3.8.2011 - B 11 SF 1/10 R -; 4.4.2012 - B 12 SF 1/10 R -) bzw. wenn Kostenfreiheit besteht und kein Antrag des Rechtsanwalts (§ 33 Abs. 1 RVG) vorliegt (BSG, 30.9.2014 - B 8 SF 1/14 R -).
4. Zurückverweisung	
4.1	Bei Zurückverweisung ist eine Festsetzung des Streitwerts vorzunehmen (BSG, 13.12.2005 - B 4 RA 28/05 R -; 10.5.2007 - B 10 KR 1/05 R -; 12.2.2015 - B 10 ÜG 11/13 R -); evtl. niedriger als Hauptsache, da Rechtsstreit nicht endgültig beigelegt (BVerfG, 17.7.2013 - 1 BvR 2045/12 -, insoweit veröff. in NZS 2013, 737). Dies gilt dann nicht, wenn es wegen Gerichtskostenfreiheit eines Beteiligten (noch) an „zu erhebenden Gebühren“ (§ 63 Abs. 2 GKG) fehlt (BSG, 20.4.2016 - B 8 SO 25/14 R -).
5. Anhörungsrüge (§ 178a SGG)	
5.1	Einer Streitwertfestsetzung bedarf es nicht, da sich die Gerichtsgebühr unmittelbar aus Nr. 7400 der Anlage 1 des GKG ergibt (BSG, 8.11.2006 - B 2 U 5/06 C -; 6.3.2013 - B 6 KA 6/12 C; 2.3.2016 - B 13 SF 7/16 S -).
6. Beschwerde gegen Ablehnung von Prozesskostenhilfe in Verfahren nach § 197a SGG	
6.1	Ein Streitwert nach dem GKG ist nicht festzusetzen, da keine streitwertabhängigen Gerichtskosten anfallen (Bayerisches LSG, 15.10.2015 - L 7 AS 588/15 B -).
VI. Einzelfälle	
1. Widerspruchsverfahren	
1.1	Klage des Versicherten auf Erstattung höherer Kosten: Gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (BSG, 27.1.2009 - B 7/7a AL 20/07 R -), ebenso bei einem Begehren auf Freistellung von Rechtsanwaltskosten (LSG Rheinland-Pfalz, 6.5.2015 - L 6 AS 34/15 -).

1.2	Zurückweisung des Bevollmächtigten im Widerspruchsverfahren (§ 13 Abs. 5 SGB X) und Klage des Bevollmächtigten: Höhe des Gebührenanspruchs des Bevollmächtigten für die begehrte Vertretung, auch wenn das (Fortsetzungsfeststellungs-) Interesse dahin geht, in anderen ähnlich gelagerten Fällen zukünftig eine Vertretungsbefugnis zu haben (BSG, 14.11.2013 - B 9 SB 5/12 R -).
1.3	Bei Anwendungsfällen des § 197a SGG: Erstattung der Aufwendungen nach § 63 SGB X: Differenz zwischen den geforderten und den erstatteten Kosten (BSG, 5.10.2006 - B 10 LW 5/05 R -; 9.4.2008 - B 6 KA 3/07 B -; 25.3.2015 - B 6 KA 48/14 B -).
1.4	Eine gesonderte Festsetzung des Gegenstandswerts durch die Verwaltung ist im Gesetz nicht vorgesehen und damit unzulässig (lediglich Berechnungsfaktor). Die Gerichte haben im Rahmen der Prüfung der Höhe der Kostenersatzung den Gegenstandswert eigenständig zu bestimmen (BSG, 9.4.2008 - B 6 KA 3/07 B -; LSG Berlin-Brandenburg, 10.9.2010 - L 7 KA 121/09 -).
2. Ablehnung eines Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit (§ 118 Abs. 1 Satz 1 SGG)	
2.1	Ein Drittel des Streitwerts der Hauptsache (LSG Nordrhein-Westfalen, 4.6.2007 - L 1 B 7/07 AL -; Bayerisches LSG, 19.11.2013 - L 2 SF 121/12 B -).
3. Ordnungsgeld gegen Sachverständigen (§§ 118 Abs. 1 SGG, 411 Abs. 2 ZPO); Beschwerde	
3.1	Höhe des Ordnungsgeldes (Bayerisches LSG, 6.2.2014 - L 2 R 466/12 B -; 3.3.2014 - L 2 R 77/14 B -).
4. Ablehnung von Gerichtspersonen (§ 60 SGG); unzulässige Beschwerde (§ 172 Abs. 2 SGG)	
4.1	10 v.H. des Streitwerts der Hauptsache (Hartmann, Kostengesetze, 47. Aufl., KGK Anh II A § 52 Rdnr.2; LSG Rheinland-Pfalz, 14.5.2012 - L 7 KA 26/12 B -).
5. Befundbericht; Klage des Arztes auf höhere Vergütung (JVEG)	
5.1	Höhe der streitigen Vergütung (BSG, 2.10.2008 - B 9 SB 7/07 R -).
6. Antrag/Klage eines vollmachtlosen Vertreters	
6.1	Keine Kostenprivilegierung, Kosten sind nach § 197a SGG dem vollmachtlosen Vertreter aufzuerlegen (Bayerisches LSG, 15.4.2014 - L 5 R 1201/13 B ER - <Streitwert ein Viertel der Hauptsache>; 23.2.2017 - L 15 AS 44/17 B ER - <Auffangstreitwert>).

7. Auferlegung von Kosten bei von Behörden unterlassenen Ermittlungen (§ 192 Abs. 4 SGG)	
7.1	§ 197a SGG gilt für die Behörde, da Versicherter an diesem Verfahren nicht beteiligt ist (Thüringer LSG, 17.1.2017 - L 5 SB 1136/15 B -; LSG Nordrhein-Westfalen, 3.3.2017 - L 18 KN 92/16 B -). Keine Streitwertfestsetzung notwendig, da eine Festgebühr gem. Nr. 7504 Anl. 1 zum GKG anfällt.
8. Hausverbot	
8.1	Auffangstreitwert (LSG Rheinland-Pfalz, 10.9.2009 - L 5 KA 38/09 B ER -).
9. Übertragung und Verpfändung (§ 53 SGB I)	
9.1	Bei Klage des Zessionars Höhe des Betrags (BSG, 29.1.2014 -B 5 R 36/12 R-), ggf. dreifacher Jahresbetrag der umstrittenen Rentenzahlung (LSG Baden-Württemberg, 19.11.2013 - L 13 R 1662/12 -).
10. Vollstreckung nach der ZPO (§ 198 SGG)	
10.1	Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung (§ 769 Abs. 1 S. 1 ZPO): ein Viertel des in der Hauptsache streitigen Betrags (LSG Niedersachsen-Bremen, 9.1.2017 - L 3 KA 87/16 B ER -).
10.2	Vollstreckungsabwehrklage (§ 767 ZPO): Umfang der erstrebten Ausschließung der Zwangsvollstreckung <Wert des zu vollstreckenden Anspruchs einschließlich etwaiger Rückstände ohne Zinsen und Kosten> ohne Rücksicht auf seine Realisierbarkeit (BGH, 9.2.2006 - IX ZB 310/04).
11. Gerichtliches Vollstreckungsverfahren nach § 201 SGG	
11.1	Streitwertfestsetzung nur im Anwendungsbereich des § 197a SGG (SG Fulda, 5.9.2012 - S 4 U 8/06 -; a.A.: LSG Berlin-Brandenburg, 27.9.2006 - L 10 B 752/06 AS ER -).
11.2	Höhe des zur Festsetzung beantragten Zwangsgeldes, nicht der Wert des Verfahrensgegenstands im vorausgegangenen Gerichtsverfahren (LSG Berlin-Brandenburg, 12.12.2006 - L 7 B 124/03 KA -).
11.3	Bei Androhung: die Hälfte des beantragten Zwangsgeldes (LSG Berlin-Brandenburg, 12.12.2006 - L 7 B 124/03 KA -).

12. Dienstaufsichtsbeschwerde	
12.1	Anspruch auf Bescheidung einer Dienstaufsichtsbeschwerde: Regelstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 27.4.2009 - L 18 AL 100/09 B ER -).
13. Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren (§§ 202 SGG, 198 GVG)	
13.1	Höhe der begehrten Entschädigungssumme (BSG, 3.9.2014 -B 10 ÜG 2/14 R-; 5.5.2015 - B 10 ÜG 8/14 R -; 26.10.2015 - B 10 ÜG 13/15 B -), hilfsweise Auffangstreitwert (BSG, 3.9.2014 - B 10 ÜG 9/13 R -).
13.2	Beim Feststellungsbegehren nach § 198 Abs. 4 GVG handelt es sich um ein auf Entschädigung in anderer Weise gerichtetes Leistungsbegehren, deshalb keine Streitwertreduzierung (BSG, 15.12.2015 - B 10 ÜG 1/15 R -; 30.1.2017 - B 10 ÜG 28/16 B -).

B. Besonderer Teil

I. SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende		
1.	Abschluss einer Vereinbarung zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten (§§ 16d, 17 Abs. 2 SGB II)	Keine Kostenprivilegierung, da institutionelle Förderung begehrt (SG Hamburg, 27.4.2010 - S 59 AS 113/08 -; LSG Nordrhein-Westfalen, 2.5.2012 - L 19 AS 521/12 B -); a.A.: Gleichstellung mit einem Leistungsempfänger nach § 183 SGG (LSG Berlin-Brandenburg, 18.3.2008 - L 29 B 1675/07 AS -).
2.	Beteiligung an der Schuldnerberatung (§§ 16a Nr. 2, 17 Abs. 2 SGB II)	Auffangstreitwert (BSG, 10.8.2016 - B 14 AS 23/15 R -).
3.	Vermittlungsgutschein	
3.1	Rechtsverhältnis Jobcenter und Maßnahmeträger/ Vermittler	
3.1.1	§§ 16 SGB II, 421g SGB III idF bis 31.03.2012: Ausstellung des Vermittlungsgutscheins bzw. Ablehnung der Auszahlung der Vermittlungsvergütung	Der Vermittler ist kein Leistungsempfänger im Sinne des § 183 SGG (BSG, 16.2.2012 - B 4 AS 77/11 R -).
3.1.2	§§ 16 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 SGB II, 45 Abs. 4ff., 83 Abs. 2 SGB III ab 01.04.2012: Ablehnung der Auszahlung der Vermittlungsvergütung	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Sozialleistung> (BSG, 11.12.2014 - B 11 AL 1/14 R -; SG Magdeburg, 30.7.2014 - S 18 AL 190/13 -; Baar in NK, SGB III, 6. Aufl., § 83 Rn. 11); a.A.: LSG Berlin-Brandenburg, 21.1.2016 - L 31 AS 1974/15 -, 28.4.2016 - L 32 AS 846/15 -.
4.	Zahlung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung an den Vermieter (§ 22 Abs. 7 SGB II)	Höhe der Beträge (LSG Niedersachsen-Bremen, 28.11.2016 - L 11 AS 699/15 -).

5.	Übergang von Ansprüchen (§ 33 SGB II)	Bei Klage eines Dritten auf Durchführung des Verfahrens gegen den Schuldner bzw. auf Information: Auffangstreitwert (Bayerisches LSG, 23.4.2007 - L 11 B 818/06 AS ER -).
6.	Erbenhaftung (§ 35 SGB II)	Keine Kostenprivilegierung, (SG Berlin, 24.5.2011 - S 149 AS 21300/08 -; Bayerisches LSG, 10.4.2014, - L 7 AS 731/12 -).
7.	Erteilung einer Auskunft über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse (§ 60 SGB II)	Auffangstreitwert <ohne Abschlag> (BSG, 24.2.2011 - B 14 AS 87/09 R -; 23.6.2016 - B 14 AS 4/15 R -; LSG Baden-Württemberg, 27.9.2011 - L 13 AS 4950/10 -); ggfs. mehrfach bei mehreren Auskunftsansprüchen (Bayerisches LSG, 30.4.2015 - L 7 AS 640/13 B -).
8.	Beteiligung von Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende	Befreiung von den Gerichtskosten nach § 64 Abs. 3 Satz 2 SGB X (BSG, 28.1.2016 - B 13 SF 3/16 S -; 12.11.2015 - B 14 AS 50/14 R -; Sächsisches LSG, 29.6.2016 - L 7 AS 749/15 B -; Hess. LSG, 27.5.2016 - L 2 SF 15/16 -: auch bei Forderungseinzug).
9.	Abzweigung (§ 48 Abs. 1 S. 1 SGB I)	Keine Kostenprivilegierung (BSG, 17.3.2009 - B 14 AS 34/07 R -; Auffangstreitwert, SG Trier, 31.1.2014 - S 4 AS 89/13 -).
10.	Klage eines Leistungsbeziehers mit allgemeinen Begehren	Kostenprivilegierung nach § 183 SGG <gegen Bundesrepublik Deutschland betr. die allgemeine Durchführung des SGB II> (BSG, 31.7.2013 - B 14 SF 5/13 S -); a.A. <gegen Leistungsträger betr. die Benennung als Jobcenter>(LSG Rheinland-Pfalz, 10.11.2014 - L 3 AS 528/14 B -).

II. SGB III - Arbeitsförderung		
1.	Arbeitsgenehmigung (Arbeitserlaubnis, Arbeitsberechtigung), § 284 SGB III	
1.1	Erteilung	Wirtschaftliches Interesse des Unternehmers; bei normalem Geschäftsbetrieb erzielbarer Unternehmensgewinn (Hessisches LSG, 31.8.1998 - L 6 AL 1106/97 ER - ; LSG Nordrhein-Westfalen, 16.4.2010 - L 1 B 16/09 AL -).
1.2	Gebühr für die Erteilung	Höhe der Gebühr (BSG, 13.12.2000 - B 7 AL 58/99 R-).
2.	Arbeitnehmerüberlassung	
2.1	Erteilung der Erlaubnis (§ 2 AÜG)	Unmittelbares wirtschaftliches Interesse; bei fehlenden Anhaltspunkten für die wirtschaftliche Bedeutung Auffangwert (LSG Baden-Württemberg, 11.3.2011 - L 13 AL 3438/10 ER-B -).
2.2	Rücknahme, Widerruf der Erlaubnis (§ 4, § 5 AÜG)	Unmittelbarer wirtschaftlicher "Schaden" (LSG Niedersachsen-Bremen, 6.5.2003 - L 8 AL 336/02 ER -) bzw. bei normalem Geschäftsbetrieb erzielbarer Unternehmensgewinn (Bayerisches LSG, 13.12.2006 - L 9 B 823/06 AL ER -), hilfsweise Regelstreitwert (LSG Niedersachsen-Bremen, 21.1.2003 - L 8 B 158/03 AL -).
2.3	Auflage (§ 2 AÜG)	Regelstreitwert (BSG, 12.10.2016 - B 11 AL 6/15 R -).

3.	Zulassung von Trägern und Maßnahmen (§§ 84,85 SGB III idF bis 31.03.2012, §§ 176 ff. SGB III, § 184 SGB III iVm AZAV)	Keine Kostenprivilegierung (Hessisches LSG, 28.4.2009 - L 7 AL 118/08 B ER -); Regelstreitwert je begehrte Maßnahme für drei Jahre <§ 42 Abs. 2 GKG> (BSG, 16.1.2012 - B 11 SF 1/10 R -) bzw. Hälfte des Streitwerts für die Genehmigung einer Ersatzschule: 15.000 € (Nr. 38.2 Streitwertkatalog Verwaltungsgerichtsbarkeit; LSG Baden-Württemberg, 4.4.2005 - L 13 AL 219/05 W-A -).
4.	Eingliederungszuschüsse (§§ 217ff. SGB III idF bis 31.03.2012, §§ 88ff. SGB III)	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Leistungsempfänger> (BSG, 22.9.2004 - B 11 AL 33/03 R -).
5.	Lohnkostenzuschuss nach den Richtlinien zur Durchführung des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Leistungsempfänger> (BSG, 1.7.2010 - B 11 AL 1/09 R -).
6.	Erstattungspflicht des Arbeitgebers (§ 147a SGB III idF bis zum 31.03.2012)	
6.1	Grundlagenbescheid	Regelstreitwert (BSG, 22.3.2001 - B 11 AL 91/00 R -; 4.9.2001 -B 7 AL 6/01 R-).
6.2	Abrechnungsbescheid	Höhe der Erstattungsforderung (BSG, 3.3.1998 - 11 RAr 103/96 -).
7.	Kurzarbeitergeld (§§ 95ff. SGB III); Klagen des Arbeitnehmers oder der Betriebsvertretung	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Prozessstandschafter für Arbeitnehmer> (BSG, 21.7.2009 - B 7 AL 3/08 R -; 11.12.2014 - B 11 AL 3/14 R -; 17.3.2016 - B 11 AL 3/15 R -; LSG Nordrhein-Westfalen, 2.2.2006 - L 9 AL 76/05 -).

8.	Vermittlungsgutschein	
8.1.	Rechtsverhältnis Agentur für Arbeit und Maßnahmeträger/Vermittler	
8.1.1	§ 421g SGB III idF bis 31.03.2012: Ausstellung des Vermittlungsgutscheins bzw. Ablehnung der Auszahlung der Vermittlungsvergütung	Der Vermittler ist kein Leistungsempfänger im Sinne des § 183 SGG (BSG, 6.4.2006 - B 7a AL 56/05 R -): Wert des Gutscheins (BSG, 21.2.2008 - B 11a AL 91/07 B -) bzw. 1000 € als Teilbetrag der ersten oder zweiten Rate (BSG, 11.12.2014 -B 11 AL 1/14 R-).
8.1.2	§§ 45 Abs. 4ff., 83 Abs. 2 SGB III ab 01.04.2012: Ablehnung der Auszahlung der Vermittlungsvergütung	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Sozialleistung> (BSG, 11.12.2014 - B 11 AL 1/14 R -; SG Magdeburg, 30.7.2014 - S 18 AL 190/13 -; Baar in NK, SGB III, 6. Aufl., § 83 Rn. 11); a.A.: Sächs. LSG, 4.5.2016 - L 3 AL 123/14 -; 3.11.2016 - L 3 AL 111/14 -; LSG Hamburg, 8.2.2017 - L 2 AL 58/16 und L 2 AL 61/16 -.
9.	Umlagen: Winterbeschäftigungs- Umlage (§§ 354ff. SGB III); Insolvenzgeldumlage (§§ 358ff. SGB III)	
9.1	Grundlagenbescheid	Regelstreitwert.
9.2	Festsetzung der Umlagenhöhe	Dreifacher Jahresbetrag der Umlage (BSG, 20.6.1995 - 10 RAr 7/94 -); bei auf einen Teilbetrag beschränkter Anfechtung: dieser Teilbetrag (BSG, 22.2.2012 - B 11 AL 4/11 R -).
10.	Anzeigepflichtige Entlassungen (§§ 17ff. KSchG); Klage eines Arbeitnehmers gegen den Bescheid der Bundesagentur	Der Arbeitnehmer ist kein Versicherter im Sinne des § 183 SGG; Regelstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 8.1.2007 - L 9 AL 3242/06 AK-A -).

11.	Insolvenzgeld	
11.1	Übertragung des Anspruchs auf Arbeitsentgelt auf einen Dritten vor Antragstellung (§ 188 Abs. 1 SGB III idF bis zum 31.03.2012, § 170 SGB III)	Dritter ist Leistungsempfänger im Sinne des § 183 SGG; kein Fall der Rechtsnachfolge nach § 183 S. 2 SGG, da Anspruchsübergang kraft Gesetzes (BSG, 5.12.2006 - B 11a AL 19/05 R-)
11.2	Abtretung (§ 398 BGB) des Insolvenzgeldanspruchs an einen Dritten	Die Kostenprivilegierung gilt nicht, auch dann nicht, wenn der ursprünglich Leistungsbe-rechtigte als gewillkürter Pro-zessstandschafter auftritt, da der Anspruch des Rechts-nachfolgers eines Leistungs-empfängers - kein Fall des § 183 S. 2 SGG - geltend ge-macht wird (BSG, 4.6.2007 - B 11a AL 153/06 B -; 1.7.2010 - B 11 AL 6/09 R -).
12.	Berichtigung einer Arbeitsbescheinigung (§ 312 SGB III)	Regelstreitwert ohne Abschlag (BSG, 21.7.2010 - B 7 AL 60/10 B -); a.A.: ein Zehntel des Arbeitsentgelts, dessen zusätzliche Bescheinigung begehrt wird (SG Hamburg, 27.4.2006 - S 60 AL 2074/04 -) oder ein Zehntel des mittelbar verfolgten Begehrens (<Ver-hinderung einer Sperrzeit> LSG Rheinland-Pfalz, 23.3.2009 - L 1 AL 25/09 B -; <Leistungsanspruch> 14.2.2011 - L 1 AL 6/11 B -).
13.	Erstattung von Leistungen nach §§ 4 und 12 Altersteilzeitgesetz -ATG-; Klage des Arbeit-gebers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Leistungsempfänger> (BSG, 21.3.2007 - B 11a AL 9/06 R -; 23.2.2011 - B 11 AL 14/10 R -).
14.	Anordnung einer Außenprüfung nach §§ 304 Abs. 1 Nr. 2, 305 Abs. 1 S. 1 SGB III idF bis zum 31.07.2004	Regelstreitwert (BSG, 1.3.2011 - B 7 AL 2/10 R -).

15.	Erprobung von Projekten der aktiven Arbeitsförderung nach § 421h SGB III idF bis zum 31.03.2012	Regelstreitwert, wenn kein Zahlungsbegehren (LSG Baden-Württemberg, 23.8.2011 - L 13 AL 350/11 -).
16.	Ausschluss von der Nutzung der (Internet-) Jobbörse; Deaktivierung des Benutzerkontos (§ 40 SGB III)	Regelstreitwert (BSG, 6.12.2012 - B 11 AL 25/11 R -; LSG Rheinland-Pfalz, 26.1.2017 - L 1 AL 67/15 -).
17.	Abzweigung (§ 48 Abs. 1 S. 1 SGB I)	Keine Kostenprivilegierung (BSG, 8.7.2009 - B 11 AL 30/08 R -).
III. SGB IV - Aufsichtsrecht, Sozialversicherungswahl		
1.	Genehmigung zur Errichtung oder Erweiterung einer Krankenkasse (§§ 147 ff., §§ 157ff. SGB V, §§ 87ff. SGB IV)	Bedeutung der Sache: bei bis zu 1000 betroffenen Pflichtmitgliedern 20-facher, bei bis zu 5000 Pflichtmitgliedern 30-facher Regelstreitwert (BSG, 12.12.1996 - 1 RR 5/90 -).
2.	Schließung einer Betriebskrankenkasse (§ 153 SGB V); Klage eines Arbeitnehmers gegen die Aufsichtsbehörde	Auffangstreitwert (BSG, 12.3.2013 - B 1 A 1/12 R -).
3.	Vereinigung von Krankenkassen (§ 171a SGB V)	Höchststreitwert (BSG, 11.9.2012 - B 1 A 2/11 R -).
4.	Genehmigung zur Ermäßigung der Beiträge einer Krankenkasse (§ 220 Abs. 3 SGB V a.F.)	Dreifacher Regelstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 9.2.2005 - L 1 A 5378/04 W-B -).
5.	Genehmigung einer Satzung oder Satzungsänderung (§ 34 Abs. 1 SGB IV)	
5.1	Verlegung des Sitzes einer Krankenkasse (§ 195 SGB V iVm Satzung)	Regelstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 9.9.2005 - L 24 B 1038/05 KR ER -).

5.2	Genehmigung einer Satzung oder Satzungsänderung (Beitragsrecht)	Bei einer bundesweit zuständigen Krankenkasse (§ 195 Abs. 1 SGB V) zehnfacher Regelstreitwert <50.000 €> (BSG, 19.9.2007 - B 1 A 4/06 R -) bzw. 500.000 € (BSG, 22.6.2010 - B 1 A 1/09 R -; 8.11.2011 - B 1 A 1/11 R -) oder 1.000000 € (12.3.2015 - B 1 A 2/12 R -).
5.3	Gewährung einer zusätzlichen, nicht durch Gesetz bestimmten Leistung an Versicherte durch die Satzung einer Krankenkasse (§§ 194 Abs. 1 Nr. 3, 195 SGB V)	Höhe der aufgewendeten Beitragsmittel <Gruppenversicherungsvertrag für Auslandsreisen> (BSG, 31.5.2016, - B 1 A 2/15 R -) bzw. zehnfacher Regelstreitwert <50.000 €; Leistungen der künstlichen Befruchtung> (18.11.2014 - B 1 A 1/14 R).
5.4	Anordnung zur Änderung einer Satzung (§ 195 Abs. 2 SGB V)	Auffangstreitwert (Schleswig-Holsteinisches LSG, 7.12.2016 - L 5 KR 151/16 KL ER -).
6.	Aufsichtsverfügung (§§ 89, 90 SGB IV)	
6.1	Zuständigkeit der Aufsichtsbehörde (§ 90 SGB IV)	100.000 € (BSG, 10.3.2015 - B 1 A 10 /13 R -).
6.2	Aufsichtsverfügungen	<ul style="list-style-type: none"> - Zehnfacher Regelstreitwert, wenn erhebliche Schadensersatzforderungen befürchtet werden (BSG, 14.2.2007 - B 1 A 3/06 R -: Veröffentlichung der Vergütung eines Vorstandsmitglieds gem. § 35 Abs. 6 Satz 2 SGB IV). - Höchststreitwert nach § 52 Abs. 4 GKG bei Streit über die Rechtmäßigkeit einer Festgeldanlage von 100 Mio. € (BSG, 3.3.2009 - B 1 A 1/08 R -) sowie über eine Weisung gegenüber der Bundesagentur für Arbeit zur Begleichung von Abrechnungen (BSG, 7.12.2010 - B 11 AL 74/10 B -).

7.	Prüfungsverfügung (§§ 304 ff. SGB III aF, § 107 SGB IV aF; § 18 h Abs. 3 bis 8 SGB IV aF iVm dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)	Auffangstreitwert (BSG, 28.8.2007 - B 7/7a AL 16/06 R -).
8.	Sozialversicherungswahl (§§ 45ff., 57 SGB IV)	Regelstreitwert (BSG, 8.9.2015 - B 1 KR 28/14 R -).
IV. SGB IV - KSVG; Beitragsrecht		
1.	Anfrageverfahren (§ 7a SGB IV)	
1.1	Klage des Arbeitnehmers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG
1.2	Klage des Arbeitgebers	Auffangstreitwert nach wohl h.M. (BSG, 11.3.2009 - B 12 R 11/07 R -; 4.6.2009 - B 12 R 6/08 R -; 30.10.2013 - B 12 KR 17/11 R -; 20.2.2017 - B 12 KR 95/16 B -; LSG Baden-Württemberg, 17.7.2014 - L 11 R 2546/14 B -; 21.2.2017 - L 11 R 2433/16 -; Bayerisches LSG, 27.11.2015 - L 7 R 759/15 B -; zum Streitstand vgl. Reyels, jurisPR-SozR 20/2015 Anm. 6), eine Rechtsgrundlage für eine Vervielfältigung des Auffangstreitwerts besteht nicht (BSG, 5.3.2010 - B 12 R 8/09 R -; Berchtold, NZS 2014, 888), jedoch kann dieser bei Verfahren, die mehrere Personen betreffen, mit der Anzahl der Personen multipliziert werden (LSG Baden-Württemberg, 10.9.2010 - L 4 R 1775/07 -).
1.3	Klagen sowohl des Arbeitnehmers als auch des Arbeitgebers	Es liegt auch bei Verbindung getrennter Klagen ein einheitlicher Streitgegenstand bei subjektiver Klagehäufung vor (BSG, 29.7.2015 - B 12 KR 23/13 R -; LSG Berlin-Brandenburg, 24.2.2014 - L 1 KR 271/13 -); a.A.: teilbarer Streitgegenstand und damit objektive Klagehäufung (LSG Rheinland-Pfalz, 11.12.2013 - L 6 R 152/12 B -; LSG Baden-

		Württemberg, 30.3.2012 - L 4 R 2043/10 -: § 183 SGG für Arbeitnehmer und § 197a SGG für Arbeitgeber).
1.4	Berechtigung eines Steuerberaters zum Auftreten als Bevollmächtigter	Bei allgemeinem zukunftsgerichtetem Begehren Auffangstreitwert und nicht nur kostenrechtlicher Gebührenanspruch (BSG, 5.3.2014 - B 12 R 7/12 R und 4/12 R -).
2.	Gesamtsozialversicherungsbeitrag (§ 28d, § 28e SGB IV)	
2.1	Geltendmachung einer Beitragsforderung	Höhe der Forderung (BSG, 1.6.2006 - B 12 KR 34/05 B -; 20.3.2013 - B 12 KR 7/11 R -); ggfs. ohne Umlagebeträge nach dem AAG: B. V. 4.
2.2	Verpflichtung des Arbeitgebers zur Erteilung einer Ermächtigung zum Einzug des Gesamtsozialversicherungsbeitrags (§ 28a Abs. 7 Satz 2 SGB IV)	Auffangstreitwert, da keine Beitragsforderung, sondern die Art und Weise der Beitragszahlung streitig ist (BSG, 8.12.2008 - B 12 R 38/07 B -).
3.	Betriebsprüfung, Feststellung der Versicherungspflicht, Beitragsforderung (§ 28p SGB IV)	
3.1	Klage des Arbeitnehmers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG.
3.2	Klage des Arbeitgebers	Höhe der Beiträge, wenn zu Beginn des Verfahrens (§ 40 GKG) auch Beitragsbescheid vorlag (LSG Schleswig-Holstein, 19.1.2015 - L 5 KR 180/15 B -); wendet sich der Kläger nur gegen die Versicherungspflicht Auffangstreitwert (BSG, 8.12. 2008 - B 12 R 37/07 B -).

3.3	Klagen sowohl des Arbeitnehmers als auch des Arbeitgebers	Es liegt auch bei Verbindung getrennter Klagen ein einheitlicher Streitgegenstand bei subjektiver Klagehäufung vor (BSG, 29.7.2015 - B 12 KR 23/13 R -; LSG Berlin-Brandenburg, 24.2.2014 - L 1 KR 271/13 -); a.A.: teilbarer Streitgegenstand und damit objektive Klagehäufung (LSG Rheinland-Pfalz, 11.12.2013 - L 6 R 152/12 B -; LSG Baden-Württemberg, 30.3.2012 - L 4 R 2043/10 -; § 183 SGG für Arbeitnehmer und § 197a SGG für Arbeitgeber).
3.4	Aufforderung des Arbeitgebers zur Vorlage von Unterlagen	Auffangstreitwert, evtl. zusätzlich das angedrohte Zwangsgeld (LSG Baden-Württemberg, 20.9.2012 - L 11 R 2785/12 ER -B -; 23.10.2013 - L 4 R 4066/13 ER-B -).
3.5	Untersagung der Ausweitung der Betriebsprüfung auf Kunden des Arbeitgebers	Auffangstreitwert (LSG Schleswig-Holstein, 27.8.2014 - L 5 KR 149/14 B ER -).
3.6	Eröffnung des Insolvenzverfahrens; Klage des Insolvenzverwalters als Adressat des Bescheids an Stelle des Arbeitgebers (§ 80 Abs. 1 InsO); Vollstreckungsverbot (§ 210 InsO)	Höhe der Beitragsforderung (BSG, 28.5.2015 - B 12 R 16/13 R -; 15.9.2016 - B 12 R 2/15 R -).
4.	Säumniszuschlag (§ 24 SGB IV)	
4.1	Von der Hauptforderung getrennte Erhebung	Höhe der Forderung (BSG, 29.11.2007 - B 13 R 48/06 R-).
4.2	Erhebung zusammen mit der Hauptforderung	Bei der Höhe des Streitwerts zu berücksichtigen, da nicht zu den Nebenforderungen (§ 43 Abs. 1 GKG) gehörend (BSG, 10.6.2010 - B 2 U 4/10 B -).

5.	Erstattung von Beiträgen (§ 26 SGB IV)	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG: Der kostenrechtliche Status richtet sich nach dem Status, der nach der ursprünglichen Annahme das Versicherungsverhältnis begründet hatte (BSG, 12.12.2007 - B 12 AL 1/06 R -).
6.	Erläss von Beitragsansprüchen (§ 76 Abs. 3 S. 3 Nr. 3 SGB IV)	Höhe der Beitragsforderung sowie von etwaigen Vollstreckungskosten und Säumniszuschlägen (Bayerisches LSG, 9.3.2010 - L 2 U 328/09 B -).
7.	Künstlersozialversicherung (KSVG)	
7.1	Erfassungsbescheid gegenüber einem Unternehmer nach § 23ff. KSVG	Festgesetzte oder voraussichtlich anfallende Beträge bei einem Zeitraum von unter drei Jahren, ansonsten der zu erwartende Betrag der Abgabe in den ersten drei Jahren (BSG, 30.5.2006 - B 3 KR 7/06 R -); kein Abzug wegen eines evtl. anschließenden Streits über die Betragshöhe (BSG, 18.9.2008 - B 3 KS 1/08 R -); bei gesondertem Abgabebescheid ohne Entgeltforderung oder bei fehlenden Anhaltspunkten für die Höhe Regelstreitwert (BSG, 21.6.2012 - B 3 KS 2/11 R -; 22.4.2015 - B 3 KS 7/13 R -); eine gesonderte Feststellungsklage zum Nichtbestehen der Abgabepflicht ist nicht streitwerterhöhend (BSG, 8.10.2014 - B 3 KS 1/13 R -; 25.2.2015 - B 3 KS 5/13 R -).

7.2	Abgabebescheid gegenüber einem Unternehmer	Höhe der festgesetzten Künstlersozialabgabe (BSG, 1.10.2009 - B 3 KS 4/08 R -; 29.11.2016 - B 3 KS 2/15 R -). Keine Erhöhung nach § 42 Abs. 2 Satz 1 GKG (wiederkehrende Leistungen), da jahresbezogene einmalige Leistung (BSG, 7.12.2006 - B 3 KR 2/06 R -).
7.3	Erfassungs- und Abgabebescheid	Da zwei zu trennende Streitgegenstände Addition der Beträge nach 7.1 und 7.2, wenn die Regelungszeiträume nicht übereinstimmen (BSG, 16.7.2014 - B 3 KS 3/13 R -; 8.10.2014 - B 3 KS 1/13 R -; 25.2.2015 - B 3 KS 5/13 R -; 30.9.2015 - B 3 KS 1/14 R -); ansonsten allein Höhe der Beitragsschuld für 3 Jahre, da einheitliches Begehren auf Vermeidung der Abgabepflicht (BSG, 25.11.2010 - B 3 KS 1/10 R-).
V. SGB V - Krankenversicherung		
1.	Kostenerstattung (§ 13 Abs. 3 Satz 1 SGB V)	Sonderrechtsnachfolge (§ 56 SGB I) und damit Kostenprivilegierung nach § 183 Satz 1 SGG bei laufenden Geldleistungen möglich (BSG, 3.7.2012 - B 1 KR 6/11 R -; 8.9.2015 - B 1 KR 14/14 R -); vgl. auch A.I.1.4.
2.	Leistungsaushilfe durch den Arbeitgeber bei Beschäftigung im Ausland (§ 17 SGB V)	Sowohl bei Klage des Mitglieds bzw. des Familienangehörigen als auch des Arbeitgebers gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Leistungsempfänger> (BSG, 28.9.2010 - B 1 KR 2/10 R -).
3.	Zuschuss zu ambulanten Hospizdiensten (§ 39a Abs. 2 SGB V)	Gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Träger ist Leistungsempfänger> (BSG, 17.2.2010 - B 1 KR 15/09 R-).

4.	Erstattung von Arbeitgeberaufwendungen bei Entgeltfortzahlung (§§ 1, 9 des Aufwendungsausgleichsgesetzes - AAG -; bis 31.12.2005: § 10 LFZG)	Gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Arbeitgeber sind Versicherte> (BSG, 20.12.2005 -B 1 KR 5/05 B-; 27.10.2009 -B 1 KR 12/09 R-; 13.12.2011- B 1 KR 7/11 R- und B 1 KR 3/11 R-; 31.5.2016 -B 1 KR 17/15 R-); dies gilt auch bei einer Klage des Insolvenzverwalters (BSG, 31.5.2016 -B 1 KR 38/15 R-).
5.	Werbemaßnahmen	
5.1	Wettbewerb zwischen Krankenkassen	Regelstreitwert, da wirtschaftliches Interesse nicht zu beziffern (LSG Rheinland-Pfalz, 3.5.2005 - L 1 ER 11/05 KR -, 14.6.2006 - L 5 ER 57/06 KR -, 21.6.2007 - L 5 ER 158/07 KR -, 13.12. 2007 - L 5 ER 289/07 KR -; LSG Saarland, 21.6.2006 - L 2 B 5/06 KR -, LSG Schleswig-Holstein, 26.9.2007 - L 5 B 522/07 KR ER -; LSG Hamburg, 18.9.2008 - L 1 B 139 und 149/08 ER KR -; Thüringer LSG, 23.12.2009 - L 6 KR 331/09 ER -).
5.2	Werbemaßnahmen einer Apotheke	Regelstreitwert (LSG Rheinland-Pfalz, 4.6.2009 - L 5 KR 57/09 B ER -).
5.3	Untersagung des Betriebens einer Internetseite „Krankenhausnavigator“ durch AOK-Bundesverband (§ 212 Abs. 1 SGB V)	Regelstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 11.6.2014 - L 1 KR 301/13 B ER -).
6.	Unterstützung der Versicherten bei Behandlungsfehlern (§ 66 SGB V)	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (LSG Schleswig-Holstein, 20.3.2015 -L5 KR 40/15 B ER-).
7.	Informationspflicht gegenüber Vertragsärzten nach § 73 Abs. 8 S. 1 SGB V	Auffangstreitwert (SG Osnabrück, 27.12.2011 - S 13 KR 377/11 ER -).

8.	Hausarztzentrierte Versorgung (§ 73b SGB V)	
8.1	Benennung einer Schiedsperson (§ 73b Abs. 4a SGB V)	Auffangstreitwert (Bayerisches LSG, 22.2.2010 - L 12 KA 4/10 B ER -; LSG Niedersachsen-Bremen, 22.9.2010 - L 3 KA 68/10 B ER -; LSG Nordrhein-Westfalen, 11.10.2010 - L 11 KA 61/10 B ER -; LSG Sachsen-Anhalt, 25.11.2010 - L 9 KA 2/10 ER KL -; LSG Berlin-Brandenburg, 17.1.2011 - L 7 KA 66/10 B ER -).
8.2	Klage gegen den Schiedsspruch	Regelstreitwert je streitigem Abrechnungsquartal (LSG Niedersachsen-Bremen, 3.11.2011 - L 3 KA 104/10 B ER -).
8.3	Kündigung eines Vertrages über die hausarztzentrierte Versorgung	Höchststreitwert (Bayerisches LSG, 15.4.2011 - L 12 KA 2/11 B ER -).
9.	Unterlassungsanspruch eines Leistungserbringers gegenüber der Krankenkasse	
9.1	Überprüfung der Voraussetzungen einer spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (§ 37b SGB V) durch Einholung eines Gutachtens bei einem Wettbewerber eines Leistungserbringers	Auffangstreitwert für jeden Hauptantrag (Sächsisches LSG, 17.06.2010 - L 1 KR 78/09 B ER -).
9.2	Unterlassen der Behauptung, eine Zulassung liege nicht vor	Auffangstreitwert (LSG Nordrhein-Westfalen, 9.10.2006 - L 16 B 52/06 KR ER -).
9.3	Unterlassen von Äußerungen, bei Krankentransporten (§ 60 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 SGB V) bestehe eine Vorabgenehmigungspflicht	Auffangstreitwert für jeden Hauptantrag (SG Berlin, 2.9.2011 - S 81 KR 372/11 -).
10.	Sonderkündigungsrecht der Mitglieder (§ 175 Abs. 4 Satz 5 SGB V), Feststellungsbegehren zwischen Krankenkassen	Wirtschaftliche Bedeutung der Sache: wie bei B.III.1.; Auffangstreitwert bei nur einem betroffenen Mitglied (BSG, 13.6.2007 - B 12 KR 19/06 R -; 26.10.2010 -B 12 KR 96/09 B-) oder bei einem fünfmonatigen Zeitraum (BSG, 9.11.2011 - B 12 KR 3/10 R -) .

11.	Streit zwischen Krankenversicherungsträgern über die Zuständigkeit für die Durchführung der Krankenversicherung	Auffangstreitwert (BSG, 23.7.2014 - B 12 KR 16/12 R -).
12.	Feststellung der Versicherungspflicht durch die Einzugsstelle (Krankenkasse; § 28h SGB IV) bei Streit über ein Beschäftigungsverhältnis (§ 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III, § 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V, § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI, § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB XI)	
12.1	Klage des Arbeitnehmers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG.
12.2	Klage des Arbeitgebers	Auffangstreitwert (BSG, 11.3.2009 - B 12 R 11/07 R-; 4.6.2009 - B 12 R 6/08 R -; 25.4.2012 - B 12 KR 10/10 R-; LSG Baden-Württemberg, 17.7.2014 - L 11 R 2546/14 B-), eine Rechtsgrundlage für eine Vervielfältigung des Auffangstreitwerts besteht nicht (BSG, 5.3.2010 - B 12 R 8/09 R -; Berchtold, NZS 2014, 888), jedoch kann dieser bei Verfahren, die mehrere Personen betreffen, mit der Anzahl der Personen multipliziert werden (LSG Baden-Württemberg, 10.9.2010 - L 4 R 1775/07 -).
12.3	Klagen sowohl des Arbeitnehmers als auch des Arbeitgebers	Es liegt auch bei Verbindung getrennter Klagen ein einheitlicher Streitgegenstand bei subjektiver Klagehäufung vor (BSG, 29.7.2015 - B 12 KR 23/13 R -: LSG Berlin-Brandenburg, 24.2.2014 - L 1 KR 271/13 -); a.A.: teilbarer Streitgegenstand und damit objektive Klagehäufung (LSG Rheinland-Pfalz, 11.12.2013 - L 6 R 152/12 B -; LSG Baden-Württemberg, 30.3.2012 - L 4 R 2043/10 -: § 183 SGG für Arbeitnehmer und § 197a SGG für Arbeitgeber).

12.4	Klage eines Versicherungsträgers gegen die Einzugsstelle	Regelmäßig Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 13.3.2009 - L 1 KR 555/07 -).
13.	Auffang-Versicherungspflicht (§ 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V); Klage eines Sozialhilfeempfängers auf Statusfeststellung und Rechtsmittel des beigeladenen Sozialhilfeträgers	Auffangstreitwert (BSG, 24.3.2016 - B 12 KR 6/14 R -).
14.	Begehren auf Gewährung von Krankenversicherungsschutz; Rechtsmittel des beigeladenen Trägers der privaten Krankenversicherung	Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 28.2.2014 - L 1 KR 47/14 B ER -).
15.	Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen (§§ 107ff., 115ff. SGB V)	
15.1	Zulassung von Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen (§§ 108ff. SGB V)	<ul style="list-style-type: none"> - Überschuss aus den Gesamteinnahmen und den Betriebsausgaben <Gewinn> innerhalb von drei Jahren; Vergleichsberechnung anhand bestehender Einrichtungen gleicher Art und Größe möglich (BSG, 10.11.2005 - B 3 KR 36/05 B -); bei fehlendem Zahlenmaterial Höchststreitwert (BSG, 11.11.2003 - B 3 KR 8/03 B -; 16.5.2012 - B 3 KR 9/11 R -). - Bei gemeinnützigen Einrichtungen ohne Gewinnerzielungsabsicht je Quartal 4000 € (LSG Berlin-Brandenburg, 23.8.2007 - L 7 B 9/07 KA -).
15.2	Begehren der Einrichtung auf Zuweisung von Versicherten	Wie 15.1 (Bayerisches LSG, 7.5.2010 - L 14 R 72/10 B ER-).
15.3	Vergütung von Krankenhausbehandlungen (§ 109 Abs. 4 Satz 3 SGB V iVm dem Krankenhausbehandlungsvertrag nach § 112 Abs. 2 Nr. 1 SGB V)	Höhe der Vergütung (BSG, 23.6.2015 - B 1 KR 20/14 R-).

15.4	Aufwandspauschale (§ 275 Abs. 1c Satz 3 SGB V)	Höhe der Pauschale ohne vorprozessuale Kosten <Nebenforderung, § 43 Abs. 1 GKG> (BSG, 23.6.2015 - B 1 KR 17/14 R und B 1 KR 23/14 R -; 25.10.2016 - B 1 KR 22/16 R -).
15.5	Unterlassung von Mitteilungen gegenüber Versicherten	Auffangstreitwert (Sächsisches LSG, 2.3.2011 - L 1 KR 177/10 B ER -).
15.6	Bestimmung zur ambulanten Behandlung im Krankenhaus (§ 116b Abs. 2 SGB V); defensive Konkurrentenklage	Umsatzeinbuße im Drei-Jahres-Zeitraum, evtl. Auffangstreitwert je Quartal für drei Jahre (BSG, 29.09. 2011 - B 1 KR 1/11 R -; 15.3. 2012 - B 3 KR 13/11 R -; Sächsisches LSG, 3.6.2010 - L 1 KR 94/10 B ER -).
15.7	Ambulantes Operieren (§ 115b SGB V); Schiedsspruch nach § 115b Abs. 3 SGB V	Höchststreitwert (BSG, 4.3.2014 - B 1 KR 16/13 R -).
15.8	Landesschiedsstelle (§ 114 SGB V); Festsetzung des Inhalts des Landesvertrags (§ 112 SGB V)	Höchststreitwert (BSG, 13.11.2012 - B 1 KR 27/11 R-).
15.9	Mindestmengenregelung (§ 136b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB V)	Wirtschaftliches Interesse zur Erbringung von Leistungen unterhalb der Mindestmenge für drei Jahre, evtl. zu erwartender Gewinn zzgl. Gestehungskosten (BSG, 12.9.2012 - B 3 KR 10/12 R -; 8.8.2013 - B 3 KR 17/12 R -; Höchststreitwert: BSG, 18.12.2012 - B 1 KR 34/12 R -; 17.11.2015 - B 1 KR 15/15 R -).
16.	Versorgung mit Heilmitteln (§§ 124, 125 SGB V)	
16.1	Zulassung zur Heilmittelabgabe	Auffangstreitwert (BSG, 12.8. 2010 - B 3 KR 9/09 R -; 7.10.2010 - B 3 KR 12/09 R -), ebenso bei Erweiterung der Zulassung (LSG Baden-Württemberg, 13.5.2016 - L 4 KR 3332/15 -).

16.2	Widerruf der Zulassung (§ 124 Abs. 6 SGB V)	Dreifacher Jahresgewinn (LSG Baden-Württemberg, 7.10.2010 - L 11 KR 4173/10 ER-B -).
16.3	Feststellung des Inhalts eines Rahmenvertrags (§ 125 Abs. 2 SGB V)	Höchststreitwert (BSG, 27.10.2009 - B 1 KR 4/09 R-).
16.4	Feststellung der Verpflichtung zur Information über Vertragsänderungen	Auffangstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 15.11.2013 - L 4 KR 2784/13 -).
16.5	Feststellung, die Schiedsmöglichkeit in Anspruch zu nehmen (§ 125 Abs. 2 Satz 4 bis 6 SGB V)	150.000 € (BSG, 30.9.2015 - B 3 KR 2/15 R -).
16.6	Unterlassung der Aufrechnung von Erstattungs-forderungen mit Vergütungsansprüchen	Regelstreitwert (BSG, 9.2.2016 - B 3 KR 46/15 B -).
17.	Versorgung mit Hilfsmitteln (§§ 126ff. SGB V); Hilfsmittelverzeichnis (§ 139 SGB V)	
17.1	Zulassung (§ 126 SGB V idF bis zum 31.03.2007)	Überschuss aus den Gesamteinnahmen und den Betriebsausgaben innerhalb von drei Jahren; Vergleichsberechnung anhand bestehender Praxen gleicher Art und Größe möglich; Abschlag, wenn sich der Anspruch auf einen Zeitraum von weniger als drei Jahren bezieht (BSG, 10.11.2005 - B 3 KR 36/05 B -).
17.2	Widerruf der Zulassung zur Abgabe von Hilfsmitteln (§ 126 Abs. 4 SGB V idF bis zum 31.03.2007)	Fünf Prozent der Bruttoauftragssumme entsprechend § 50 Abs. 2 GKG; bei weit in die Zukunft hineinragenden Genehmigungen für drei Jahre (LSG Baden-Württemberg, 10.10.2006 - L 5 KR 897/06 W-A -).
17.3	Abschluss eines Versorgungsvertrages (§ 127 Abs. 2 SGB V)	Fünf Prozent des erzielbaren Umsatzes entsprechend § 50 Abs. 2 GKG (BSG, 10.3.2010 - B 3 KR 26/08 R -).

17.4	Beitritt zu einem Versorgungsvertrag (§ 127 Abs. 2a SGB V)	Fünf Prozent des erzielbaren Umsatzes entsprechend § 50 Abs. 2 GKG für drei Jahre (Sächsisches LSG, 1.12.2010 - L 1 KR 99/10 B ER -; LSG Berlin-Brandenburg, 20.2.2012 - L 9 KR 389/11 B ER -; 15.3.2012 - L 1 KR 18/12 B ER -).
17.5	Kündigung des Versorgungsvertrages (§ 127 SGB V)	(Durchschnittlicher) Jahresumsatz für drei Jahre, bei fehlenden Anhaltspunkten Regelstreitwert (Thüringer LSG, 22.8.2008 -L 6 KR 324/08 ER-; Sächsisches LSG, 29.4.2008 - L 1 B 207/08 KR-ER -; Hessisches LSG, 31.5.2010 - L 1 KR 352/09 B -).
17.6	Auskunft über den Inhalt des Versorgungsvertrages	Auffangstreitwert (BSG, 22.4.2015 - B 3 KR 2/14 R -).
17.7	Aufnahme in das Hilfsmittelverzeichnis (§ 139 SGB V)	Doppelter (BSG, 15.03.2012 - B 3 KR 6/11 R -) bzw. vierfacher (BSG, 8.7.2015 -B 3 KR 6/14 R-) Auffangstreitwert für jedes Produkt.
17.8	Streichung eines Hilfsmittels aus dem Hilfsmittelverzeichnis (§ 139 Abs. 6 Satz 5 SGB V)	Auffangstreitwert für jedes Produkt (BSG, 23.6.2016 - B 3 KR 20/15 R -).
17.9	Klage des Herstellers gegen das Hilfsmittelverzeichnis	<ul style="list-style-type: none"> - Änderung einer Produktgruppe: Fünf Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes in einem Zeitraum von zwei Jahren (LSG Baden-Württemberg, 17.10.2005 - L 5 KR 2351/05 W-A -). - Streichung einer Produktuntergruppe: Gewinn in einem Zeitraum von fünf Jahren (LSG Baden-Württemberg, 15.6.2005 - L 11 KR 1158/05 W-A -), hilfsweise mehrfacher Regelstreitwert.

17.10	Festbeträge für Hilfsmittel (§ 36 SGB V)	50.000 € je Produktgruppe (BSG, 22.11.2012 - B 3 KR 19/11 R -).
18.	Versorgung mit Haushaltshilfe (§§ 38, 132 SGB V) bzw. häuslicher Krankenpflege (§§ 37, 132a SGB V)	
18.1	Vergütungsanspruch des Pflegedienstes	Höhe des Betrags (BSG, 20.4.2016 - B 3 KR 17/15 R -).
18.2	Abschluss einer Vergütungsvereinbarung (§ 132 Abs. 1 SGB V)	Kalkulierter Mehrumsatz für drei Jahre (LSG Baden-Württemberg, 10.7.2007 - L 11 KR 6157/06 -).
18.3	Feststellung der Eignung für die Leitung eines ambulanten Krankenpflegedienstes (§ 132a Abs. 2 SGB V)	Zu schätzender Betrag der künftigen verminderten Einkünfte für drei Jahre (BSG, 7.12.2006 - B 3 KR 5/06 R -).
18.4	Kündigung des Versorgungsvertrags (§ 132a Abs. 2 SGB V)	Gewinn für drei <§ 42 Abs. 2 GKG> Jahre (LSG Rheinland-Pfalz, 14.7.2009 - L 5 KR 19/09 B ER -).
18.5	Schiedsspruch (§ 132a Abs. 2 S. 6 SGB V)	Regelstreitwert (BSG, 25.11.2010 - B 3 KR 1/10 R -; 23.6.2016 - B 3 KR 25/15 R und B 3 KR 26/15 R -).
19.	Krankentransportleistungen (§ 133 SGB V)	
19.1	Abschluss einer Vergütungsvereinbarung	Dreifacher Betrag der zu erwartenden Einnahmen (LSG Berlin-Brandenburg, 27.11.2003 - L 4 B 75/03 KR ER -), hilfsweise dreifacher Regelstreitwert.
19.2	Vergütungsanspruch bei bestehender Vergütungsvereinbarung	Höhe der Vergütung (BSG, 13.12.2011 - B 1 KR 9/11 R-).
19.3	Vergütungsanspruch bei fehlender Vergütungsvereinbarung	Dreifacher Jahresbetrag der Einnahmen (LSG Schleswig-Holstein, 6.3.2015 - L 5 KR 206/14 B ER -).

20.	Richtlinien und Beschlüsse zur Qualitätssicherung (§ 137 SGB V)	
20.1	Richtlinie zur Qualitätssicherung der Versorgung von früh- und Neugeborenen (QNeuRL), § 137 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 SGB V aF	Umsatz- bzw. Gewinneinbußen, hilfsweise <mehrfacher> Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 26.1.2011 - L 7 KA 79/10 LK ER -; SG Braunschweig, 11.4.2011 - S 40 KR 11/07-).
21.	Zulassung strukturierter Behandlungsprogramme (§§ 137g, 137f SGB V)	Wirtschaftliche Bedeutung, evtl. Höchststreitwert (BSG, 21.6.2011 - B 1 KR 14/10 R - und B 1 KR 21/10 R -).
22.	Benennung von Patientenvertretern im Gemeinsamen Bundesausschuss (§ 140f Abs. 2 SGB V)	Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 12.11.2013 - L 9 KR 262/13 B ER -).
23.	Beitragserstattungsanspruch eines Trägers einer Werkstatt für behinderte Menschen (§ 251 Abs. 2 Satz 2 SGB V)	Gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Leistungsempfänger> (BSG, 6.8.2014 - B 11 AL 7/13 R -; 23.7.2014 -B 12 P 1/12 R-).
24.	Gewährung eines Beitragszuschusses durch den Arbeitgeber eines Beschäftigten (§ 257 SGB V)	Gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Versicherter und Leistungsempfänger> (BSG, 20.3.2013 - B 12 KR 4/11 R -).
25.	Arzneimittelabrechnung im Datenträgeraustauschverfahren (§ 300 SGB V)	Voraussichtliche Kosten der Umstellung des Abrechnungsverfahrens (LSG Nordrhein-Westfalen, 6.10.2005 - L 16 KR 232/04 -).
26.	Herausgabe von medizinischen Unterlagen an den MdK (§ 275 SGB V); Auskunftsanspruch	Stufenklage (§ 44 GKG); vgl. auch A.II.7. - Ist nur der Herausgabe- bzw. Auskunftsanspruch Streitgegenstand, ist ein Abschlag vom Leistungsanspruch vorzunehmen (ein Zehntel des voraussichtlichen Leistungsanspruchs, wenn die fraglichen Verhältnisse schon fast bekannt sind). Der Streitwert kann aber auch deutlich höher liegen und den Wert des Zahlungsanspruchs erreichen, je nachdem in wel-

		<p>chem Umfang der Kläger auf die Auskunft angewiesen ist (BSG, 28.02.2007 - B 3 KR 12/06 R -; 28.11.2013 - B 3 KR 27/12 R -; 17.12.2013 - B 1 KR 52/12 R -; 27.11.2014 - B 3 KR 7/13 R -), darf aber den Zahlungsanspruch nicht übersteigen (BSG, 13.11.2012 - B 1 KR 24/11 R -)</p> <p>- Sind sowohl der Auskunftsbzw. Herausgabeanspruch und der Zahlungsanspruch Streitgegenstand, ist nur der höhere Anspruch maßgebend (BSG, 18.7.2013 - B 3 KR 22/12 R -; 1.7.2014 - B 1 KR 48/12 R -).</p>
27.	Begehren eines Patienten gegenüber einem Arzt auf Benennung eines weiterbehandelnden Arztes	Keine Gerichtskostenfreiheit, wenn das Begehren nicht als Versicherter, sondern als Patient erhoben wird, Aufangstreitwert (LSG Nordrhein-Westfalen, 13.5.2008 - L 16 B 3/08 SF -).
28.	Antrag auf richterliche Gestattung der Durchsuchung der Wohnung (§ 66 Abs. 3 Satz 1 SGB X iVm dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz Rheinland-Pfalz)	Zwar Kostenentscheidung nach § 197a SGG hinsichtlich der außergerichtlichen Kosten zu treffen, da jedoch kein Gebührentatbestand nach dem GKG verwirklicht ist, keine Entscheidung über Gerichtskosten (LSG Rheinland-Pfalz, 26.11.2007 - L 5 B 403/07 KR -).
29.	Festsetzung eines Festbetrags für Arzneimittel (§ 35 Abs. 3 SGB V)	
29.1	Klage des Arzneimittelherstellers	Der zu erwartende Gewinn/ Verlust für drei Jahre; bei Schätzung ein Fünftel des zu erwartenden Umsatzes im Dreijahreszeitraum (LSG Berlin-Brandenburg, 22.5.2008 - L 24 KR 1227/05 -); evtl. Höchststreitwert (BSG, 1.3.2011 - B 1 KR 13/10 R -).

29.2	Klage des Versicherten	Gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (BSG, 1.3.2011 - B 1 KR 10/10 R -).
30.	Arzneimittelliefervertrag (§§ 129, 129a SGB V)	Bei Streit über die Lieferungs- und Abrechnungsbefugnis: streitiger Umsatz, evtl. Höchststreitwert (LSG Sachsen-Anhalt, 30.6.2010 - L 10 KR 38/10 B ER -); Höhe des streitigen Betrags (LSG Baden-Württemberg, 26.7. 2016 - L 11 KR 3861/14 -).
31.	Hersteller- und Generikaabschlag (§ 130a SGB V)	Höhe des streitigen Betrags (BSG, 2.7.2013 - B 1 KR 18/12 R -; 29.11.2016 - B 3 KR 21/16 B -), bei Feststellung der Abschlagspflicht evtl. Höchststreitwert (BSG, 30.9.2015 - B 3 KR 1/15 R -).
32.	Vereinbarungen über Erstattungsbeträge für Arzneimittel (§ 130b SGB V)	
32.1	Eilantrag auf Untersagung einer Schiedsstellenentscheidung (§ 130b Abs. 4 SGB V)	Höchststreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 22.5.2014 - L 1 KR 108/14 KL ER -).
32.2	Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen Schiedsspruch (§ 130b Abs. 4 Satz 5 SGB V)	Hälfte des wirtschaftlichen Interesses, ggfs. des Höchststreitwerts (LSG Berlin-Brandenburg, 10.5.2016 - L 9 KR 513/15 KL ER -; 14.3.2017 - L 1 KR 372/16 KL ER -).
33.	Fakultativer Finanzausgleich zwischen Betriebskrankenkassen (§ 265a SGB V); Verbandsumlagebescheid	Höhe des Umlagebetrags (BSG, 19.12.2012 - B 12 KR 29/10 R -).
34.	Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds (§ 266 SGB V); Ausgleich nach der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung (§ 17 Abs. 3a, 19, 41)	Höhe des Betrags bis zum Höchststreitwert (BSG, 2.9. 2009 - B 12 KR 4/08 R-; 20.5.2014 - B 1 KR 16/14 R -; 25.10.2016 - B 1 KR 11/16 R -).

35.	Vergabestreitigkeiten (§§ 116 Abs. 1, 118 Abs. 1 Satz 3 GWB)	
35.1	Sofortige Beschwerde (§ 116 Abs. 1 GWB)	Keine Festsetzung eines Streitwerts nach dem GKG, da Gerichtsgebühren nicht anfallen <vgl. § 63 Abs. 1 Satz 1 GKG>, jedoch auf Antrag eines Rechtsanwalts (§ 33 RVG) zum Zwecke der anwaltlichen Gebührenfestsetzung (BSG, 1.9.2009 - B 1 KR 1/09 D -; 1.9.2009 - B 1 KR 3/09 D -; 7.9.2010 - B 1 KR 1/10 D -); dann fünf Prozent der Bruttoauftragssumme (§ 50 Abs. 2 GKG); evtl. Schätzung des Auftragswerts <§ 3 ZPO> (LSG Mecklenburg-Vorpommern, 11.8.2009 - L 6 B 17/09 -; 24.8.2009 - L 6 B 172/09 -).
VI. SGB V - Vertragsarztrecht		
1.	Genehmigung zur Erbringung und Abrechnung von Leistungen außerhalb der Zulassung (§ 72 Abs. 2, § 82 Abs. 1 S. 1 SGB V iVm den Verträgen; u.a. §§ 73 Abs. 1 S. 5, 121a, 135 Abs. 2 SGB V)	erzielbare Einkünfte für einen Dreijahreszeitraum (LSG Nordrhein-Westfalen, 4.1.2012 - L 11 KA 140/10 B -), hilfsweise Regelstreitwert (BSG, 26.2.1996 - 6 RKA 20/95 -). Wenn eine Voraussetzung für die Erteilung der Genehmigung <Bestehen eines Kolloquiums> Gegenstand ist: Regelstreitwert (Bayerisches LSG, 23.12.2010 - L 12 KA 110/10 B -).
2.	Anstellung eines Arztes in der Vertragsarztpraxis <Entlastungsassistent> (§ 95 Abs. 9, § 115, § 98 Abs. 2 Nr. 13 iVm der Zulassungsverordnung)	Wie bei B.VI.15.7.; zusätzliche Einnahmen aus der Tätigkeit des Assistenten für drei Jahre, es sei denn, die Genehmigung bezieht sich auf einen kürzeren Zeitraum. Abzuziehen sind die durchschnittlichen Praxiskosten und das zu zahlende Gehalt des Assistenten (BSG, 27.11.2006 - B 6 KA 38/06 B -); evtl. Auffangstreitwert (LSG Niedersachsen-Bremen, 26.5.2010 - L 3 KA 69/09 -).

3.	Belegarzt (§§ 103 Abs. 7, 121 SGB V)	Wie bei B.VI.15.7. (SG Marburg, 22.3.2007 -S 12 KA 80/07 ER-; Hessisches LSG, 2.3.2007 - L 4 KA 5/07 ER -: im einstweiligen Rechtsschutz durchschnittliche Zeitdauer eines erstinstanzlichen Klageverfahrens im Vertragsarztrecht; Wenner/Bernard, NZS 2006, 1, 4).
3.1	Zulassung nach § 103 Abs. 7 S. 3 SGB V	Wie bei B.VI.15.8, 15.11. (BSG, 1.4.2015 - B 6 KA 48/13 R - ; LSG Niedersachsen-Bremen, 18.2.2009 - L 3 KA 98/08 ER -; Hessisches LSG, 02.03.2007 - L 4 KA 5/07 ER -: im einstweiligen Rechtsschutz durchschnittliche Zeitdauer eines erstinstanzlichen Klageverfahrens im Vertragsarztrecht; Wenner/Bernard, NZS 2006, 1, 4;).
3.2	Anerkennung nach §§ 39, 40 BMV-Ä	Wie bei B.VI.15.3, 15.8. (LSG Berlin-Brandenburg, 27.1.2010 - L 7 KA 139/09 B ER -; LSG Niedersachsen-Bremen, 25.11.2015 - L 3 KA 95/15 B ER -).
4.	Budgetierungsmaßnahmen, Regelleistungsvolumen (§ 87 Abs. 1 S. 1, § 87b Abs. 2 und 3 SGB V)	
4.1	Zuweisung eines Regelleistungsvolumens	Höherer Honoraranspruch, wenn bereits bekannt (BSG, 28.9.2016 - B 6 KA 28/16 B -), ansonsten 25 v.H. des Differenzbetrags zwischen dem zugewiesenen und dem begehrten Regelleistungsvolumens (Schleswig-Holsteinisches LSG, 17.1.2017 - L 4 KA 53/14 -).

4.2	Budgeterweiterung	Differenz der Fallpunktzahl im streitigen Zeitraum, hilfsweise für zwei Jahre; dabei ist der Punktwert des letzten vor Klageerhebung abgerechneten Quartals zugrunde zu legen (LSG Sachsen, 23.10.2002 - L 1 B 66/02 KA -; LSG Baden-Württemberg, 22.9.1998 - L 5 KA 2660/98 W-B -); bei Aufbau- bzw. Jungpraxen Auffangstreitwert <ein Quartal> (LSG Baden-Württemberg, 5.10.2016 - L 5 KA 773/13 -). Ein Abzug von Praxis- oder Sachkosten ist nicht vorzunehmen (LSG Nordrhein-Westfalen, 16.1.2017 - L 11 KA 28/16 B -).
4.3	Budgetüberschreitung	Höhe der Honorarkürzung.
4.4	Budgetfreistellung	Regelstreitwert.
4.5	Fallzahlzuwachsbeschränkung (§ 85 Abs. 4 SGB V, Honorarverteilungsmaßstab)	Höhe der Honorarkürzung. Im einstweiligen Rechtschutzverfahren der prognostizierte Gewinn für ein Kalenderjahr (LSG Berlin-Brandenburg, 27.1.2012 - L 7 KA 87/11 B ER -); vgl. auch B.VI.15.3.
4.6	Begrenzung der Leistungsmenge (Gesamtpunktzahlvolumina) gem. § 44 BedarfspIRL	Höhe der Honorarrückforderung (BSG, 25.1.2017 - B 6 KA 44/16 B -).
5.	Disziplinarmaßnahmen (§ 81 Abs. 5 SGB V iVm der Disziplinarordnung)	
5.1	Verwarnung, Verweis, Geldbuße	Regelstreitwert zuzüglich des Betrages der Geldbuße (BSG, 1.2.2005 - B 6 KA 70/04 B -; 5.6.2013 - B 6 KA 7/13 B -) und einer festgesetzten Verwaltungsgebühr (SG Marburg, 2.2.2011 - S 12 KA 902/09 -).

5.2	Anordnung des Ruhens der Zulassung	Mutmaßlicher Umsatz im Ruhenszeitraum abzüglich der Praxiskosten, Zuschlag von 25 Prozent wegen der Folgewirkungen (u.a. "Abwandern" von Patienten) (Bayerisches LSG, 23.6.1993 -L 12 B 163/92 Ka-).
5.3	Berichtigung eines Sitzungsprotokolls des Disziplinarausschusses	Auffangstreitwert (LSG Niedersachsen-Bremen, 9.11.2011 - L 3 KA 105/08 -).
6.	Ermächtigung (§ 98 Abs. 2 Nr. 11 SGB V iVm der Zulassungsverordnung)	
6.1	persönliche Ermächtigung von Krankenhausärzten zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung (§ 116 SGB V)	<ul style="list-style-type: none"> - erzielbare Einnahmen abzüglich der Praxiskosten und Abgaben an das Krankenhaus im streitigen Zeitraum (BSG, 6.9.1993 - B 6 RKa 25/91 -) - bei Streit über Inhalt bzw. Umfang der erteilten Ermächtigung: Regelstreitwert.
6.2	Ermächtigung ärztlich geleiteter Einrichtungen (§§ 117 bis 120 SGB V)	Bruttoeinnahmen im streitigen Zeitraum abzüglich der Einnahmen aus erteilten oder zu Unrecht nicht erteilten Ermächtigungen, bei fehlenden Anhaltspunkten über die Einnahmen: pauschaler Abzug von 50 v.H. (BSG, 21.12.1995 - 6 RKa 7/92 -); bei fehlenden Anhaltspunkten zu dem Umsatz: Regelstreitwert pro Quartal (für zwei Jahre <übliche Ermächtigungsfrist> LSG Niedersachsen-Bremen, 09.12.2009 - L 3 KA 29/08 bzw. drei Jahre, 27.11.2013 - L 3 KA 85/10 -) bzw. Schätzung <hier 10.000 € pro Monat bei vorläufiger Regelung> (LSG Nordrhein-Westfalen, 27.5.2009 - L11 KA 2/09 ER-).

6.3	Konkurrentenklage gegen Ermächtigung	Im Einzelfall zu schätzender Anteil der Umsatzeinbuße der von der Ermächtigung betroffenen Leistungen abzüglich der Praxiskosten (BSG, 24.2.1997 - 6 BKa 54/95 -) für drei Jahre, wenn nicht kürzerer Zeitraum streitig; bei fehlenden Anhaltspunkten für die konkreten Auswirkungen der Ermächtigung für jedes Quartal des Dreijahreszeitraums der Regelwert (BSG, 7.12.2006 - B 6 KA 42/06 R -; SG Schwerin, 30.8.2016 - S 3 KA 18/16 ER-); vgl. auch B.VI.15.10.
6.4	Sofortvollzug einer Ermächtigung (§ 97 Abs. 4 SGB V); Konkurrentenklage	Regelstreitwert (Bayerisches LSG, 9.3.2017 - L 12 KA 91/16 B ER -).
6.5.	Ermächtigung zur Teilnahme an der vertragspsychotherapeutischen Versorgung	Geschätzter Jahresgewinn für den streitigen - im Regelfall zweijährigen - Zeitraum (BSG, 19.7.2006 - B 6 KA 33/05 B -).
7.	Gemeinschaftspraxis (§ 98 Abs. 2 Nr. 13a SGB V iVm der Zulassungsverordnung)	
7.1	Genehmigung	Schätzung anhand der Einkommensverhältnisse und der Schwierigkeit der Angelegenheit (BSG, 6.1.1984 - 6 RKa 7/81 -); evtl. dreifacher Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 10.9.2010 - L 7 KA 121/09 -).
7.2	Anordnung der Auflösung	Regelstreitwert (Hessisches LSG, 6.1.2003 - L 7 KA 1116/02 ER -).
7.3	Vergütungsanspruch	Keine Berechnung von Einzelstreitwerten, da Gesellschaft bürgerlichen Rechts (BSG, 20.10.2004 - B 6 KA 15/04 R-).
7.4	Genehmigung der Verlegung des Vertragsarztsitzes durch den Praxispartner; Klage des verbleibenden Praxispartners	Dreifacher Regelstreitwert (entspr. B.VI.15.12.: vgl. BSG, 14.3.2002 - B 6 KA 60/00 B -).

8.	Gesamtvergütung, Klage der KÄV/KZÄV gegen die Krankenkasse (§ 85 Abs. 1, 2 SGB V)	Höhe des Zahlungsanspruchs.
9.	Verlangen der Herausgabe von Krankenunterlagen eines Arztes zur Prüfung eines Schadensregresses	Bei geringem in Betracht kommenden Schadensregress betrag: Hälfte des Regelstreitwertes (LSG Baden-Württemberg, 25.6.1997 - L 5 Ka 855/97 W -A -); vgl. aber A.I.2.8).
10.	Honorarstreitigkeiten (§ 85 Abs. 4 ff. SGB V)	
10.1	Honoraransprüche oder Honorarberichtigungen	<ul style="list-style-type: none"> - Höhe des geltend gemachten Honorars oder der vorgenommenen Honorarberichtigung (BSG, 6.11.1996 - 6 RKa 19/95 -; LSG Nordrhein-Westfalen, 18.4.2006 - L 10 B 1/06 KA -; 5.7.2006 - L 10 B 8/06 KA -) bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen oder geschätzten Punktwertes (Wenner/ Bernard, NZS, 2001,57,61). - bei fehlenden Umsatzzahlen: der angestrebte, d.h. innerhalb der nächsten Zeit nach objektiven Gesichtspunkten zu erzielende Umsatz abzgl. des Praxiskostenanteils, dabei kann auf die von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung veröffentlichten Umsatzzahlen zurückgegriffen werden (LSG Nordrhein-Westfalen, 25.6. 2008 - L 11 B 16/07 KA ER -).
10.2	Einheitlicher Bewertungsmaßstab (EBM) (§ 87 Abs. 1 S. 1 SGB V)	Bei Abwertung von Leistungspositionen: Höhe der Honorareinbuße (BSG, 15.11.1996 - 6 RKa 49/95 -; 6.2.1997 - 6 RKa 48/95 -); wenn nicht konkretisierbar: Regelstreitwert (BSG, 10.5.2004 - B 6 KA 129/03 B-).

10.3	Abrechenbarkeit einer Gebührennummer (§ 87 Abs. 1 S. 1 SGB iVm EBM)	Wert der Leistung für ein Jahr (vgl. B.VI.10.4.2).
10.4	Honorarverteilungsmaßstäbe (HVM) (§ 85 Abs. 4 SGB V)	
10.4.1	Zuordnung zum Honorarfonds der Fachärzte	Höhe der Nachvergütung der streitigen Quartale (LSG Sachsen, 27.1.2005 - L 1 KA 6/04 -).
10.4.2	Zuordnung zu anderer Arztgruppe (EBM)	Nachvergütungsbetrag eines Quartals mal vier (ein Jahr; BSG, 20.10.2004 -B6 KA 15/04 R-).
10.4.3	Festsetzung eines Basisvolumens	Honorarverlust für vier Quartale (LSG Rheinland-Pfalz, 22.6.2009 - L 5 KA 26/09 B -), evtl der vierfache Auffangstreitwert (ein Jahr; LSG Rheinland-Pfalz, 10.12.2007 -L 5 B 342/07 KA-).
10.5	Praxiskosten	Kein Abzug vom Streitwert (Wenner/Bernard, NZS 2001, 57, 61).
10.6	Fallpunktzahlmenge (§ 85 Abs. 4ff. SGB V)	Differenz der abgerechneten und der maximal zustehenden Punkte (BSG, 5.5.2000 - B 6 KA 71/97 -; 9.5.2000 - B 6 KA 72/97 R -).
10.7	Zusätzliches Honorar bei "fachfremder" Behandlung (Überweisungsverbot; zulassungsrelevante Entscheidung) (§ 73 SGB V)	Erzielbare Einnahmen für drei Jahre unter Abzug der Praxiskosten; bei einem Überweisungsverbot unter Abzug der erzielbaren Einnahmen aus dem "Verkauf" an andere Vertragsärzte (BSG, 3.3.1997 - 6 RKa 21/95 -).
10.8	(unzulässige) vorbeugende Unterlassungsklage gegen Honorarbescheid	Regelstreitwert (LSG Niedersachsen-Bremen, 7.10.2005 -L3 KA 139/05 ER-).

10.9	Feststellung der Befugnis zur Erbringung und Abrechnung einer Leistung	Höhe des begehrten zusätzlichen Honorars ohne Minderung im Hinblick auf das Feststellungsbegehren (SG Dresden, 14.3.2012 - S 18 KR 237/11 ER -).
10.10	Vorlage einer Lebensbescheinigung als Voraussetzung zur Teilnahme an der erweiterten Honorarverteilung	Regelstreitwert (SG Marburg, 20.7.2011 - S 12 KA 446/10 -).
10.11	Einstweilige Anordnung	vgl. B.VI.15.3; Umsatz für ein Jahr (LSG Nordrhein-Westfalen, 19.7.2010 - L 11 KA 20/10 B -).
11.	Schiedswesen, Schiedsamt (§ 89 SGB V); Schiedsverfahren (§ 73b Abs. 4 S. 2, Abs. 4a SGB V)	
11.1	Klage gegen Anberaumung eines Termins und Ladung zu einer Sitzung des Schiedsamts	Auffangstreitwert (LSG Hamburg, 20.11.2008 - L 2 KA 25/08 KL ER -).
11.2	Bestimmung einer Schiedsperson (§ 73 Abs. 4a SGB V)	Auffangstreitwert (Sächsisches LSG, 11.4.2012 -L 1 KA 53/11 KL-).
11.3	Beanstandungsverfügung eines Schiedsspruchs durch Aufsichtsbehörde	Bei Ersetzung eines Gesamtvertrages zur Gesamtvergütung (§§ 82, 85 SGB V): Wert der Gesamtvergütung, hier Höchststreitwert (Hess. LSG, 29.9.2010 - L 4 KA 54/09 KL -).
11.4	Verhinderung einer Honorarverteilung durch Schiedsspruch (Weitergeltung der früheren günstigeren Honorarverteilung)	50 000 € (LSG Niedersachsen-Bremen, 22.12.2004 - L 3 KA 368/04 ER -).
11.5	Begehren eines neuen Vertrags bzw. Schiedsspruchs	Ist das Klagebegehren auf einen neuen Vertrag bestimmten Inhalts gerichtet, Differenz zwischen dem Ergebnis der Schiedsamtentscheidung und dem geltend gemachten Betrag. Zielt das Begehren auf einen neuen Schiedsspruch mit ungewissem Inhalt, wie bei einem Neubescheidungsantrag, die Hälfte des optimal erlangbaren Betrags. Nur wenn finanziell

		nicht messbare Grundsatzfragen streitig sind, Regelwert (BSG, 28.1.2009 - B 6 KA 38/08 B -; Höchststreitwert: LSG Niedersachsen-Bremen, 17.10.2012 - L 3 KA 1/09 KL -; LSG Sachsen-Anhalt, 13.11.2013 -L 9 KA 4/13 KL-; Bayerisches LSG, 5.10.2015 - L 12 KA 83/15 B ER -).
12.	Notdienst (§ 75 Abs. 1 S. 2 SGB V iVm der Satzungsregelung der KÄV/KZÄV, § 81 SGB V)	
12.1	Abberufung als Vorsitzender der Notdienstkommission	Regelstreitwert (LSG Sachsen, 15.7.2002 - L 1 B 12/02 KA -).
12.2	Befreiung vom Bereitschaftsdienst (Notfalldienst)	Auffangstreitwert (LSG Schleswig-Holstein, 25.2.2005 - L 4 B 32/04 KA ER -; LSG Hessen, 25.2.2005 - L 6/7 B 99/04 KA -; LSG Niedersachsen-Bremen, 18.9.2013 - L 3 KA 119/11 -; Sächsisches LSG, 14.12.2011 - L 1 KA 25/10 -; LSG Nordrhein-Westfalen, 29.8.2011 - L 11 KA 57/11 B ER -; Bayerisches LSG, 24.7.2015 - L 12 KA 55/15 B ER -; LSG Baden-Württemberg, 1.2.2017 - L 5 KA 1476/14 -).
12.3	Eingliederung von Fachärzten in den allgemeinen Notdienst	Regelstreitwert (SG Dresden, 10.2.2005 - S 11 KA 260/04 -).
12.4	Klage auf Teilnahme am Notdienst	zusätzliche Honorarsumme im Quartal für zwei Jahre (LSG Niedersachsen-Bremen, 11.8.2005 -L 3 KA 78/05 ER-).
12.5	Fortsetzungsfeststellungsklage betr. die Nichteinteilung zum Notfalldienst	Auffangstreitwert (BSG, 4.5.2016 - B 6 KA 74/15 B -).
12.6	Vertretung für den Notfalldienst	Kosten der Vertretung (LSG Rheinland-Pfalz, 29.8.1977 - L 6 Ka 5/76 -).

13.	Wahl der Vertreterversammlung (§ 80, § 81 Abs. 1 Nr. 2 SGB V iVm der Wahlordnung)	
13.1	Wahlanfechtung	Regelstreitwert; mehrfacher Regelstreitwert (§ 39 Abs. 1 GKG), wenn die Besetzung mehrerer Positionen angefochten wird, für die jeweils gesonderte Wahlhandlungen vorgesehen sind. Die Zahl der die Wahlanfechtungen betreibenden Kläger ist ohne Bedeutung (BSG, 14.9.2006 - B 6 KA 24/06 B -; 19.9.2006 - B 6 KA 30/06 B -); vgl. A.II.1.3.
13.2	Verzicht auf die Mitgliedschaft	Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 10.5.2016 - L 7 KA 44/15 B ER -).
14.	Wirtschaftlichkeitsprüfung (§ 106 SGB V)	
14.1	Beratung (§ 106 Abs. 1a SGB V)	Regelstreitwert (SG Marburg, 16.12.2013 - S 12 KA 565/13 ER -) bzw. bei Besonderheiten des Einzelfalls ein Viertel des Regelstreitwertes (Bayerisches LSG, 7.9.1998 - L 12 B 350/97 KA -).
14.2	Bescheidungsantrag bei Honorarkürzung oder Regress	Höhe des Kürzungs- oder des Regressbetrages ohne Abschlag (BSG, 23.2.2005 - B 6 KA 72/03 R-; BSG, 16.7.2008 - B 6 KA 57/07 R-; 13.10.2010 - B 6 KA 2/10 B-; a.A.: die Hälfte, Hessisches LSG, 27.6.2007 - L 4 B 152/07 KA -); dies gilt auch bei einer Klage der Krankenkasse gegen die Ablehnung eines Regresses; keine Herabsetzung, wenn auch Versicherte anderer Kassen betroffen sind, mit Ausnahme einer Einzelfallprüfung (LSG Rheinland-Pfalz, 24.8.2006 - L 5 KA 201/06 KA -).

14.3	Honorarkürzung oder Regress	<ul style="list-style-type: none"> - Höhe des Kürzungs- oder des Regressbetrages (BSG, 15.6.1998 - 6 RKa 40/96 -; 17.6.2009 - B 6 KA 6/09 B -; 13.10.2010 - B 6 KA 2/10 B -; 17.2.2016 - B 6 KA 44/15 B -). - wenn nur eingeschränkte Anfechtung in nicht quantifizierbarem Umfang: Hälfte der Differenz zwischen dem zuerkannten und dem abgerechneten Honorar (LSG Niedersachsen-Bremen, 19.8.2003 - L 3 B 38/03 KA -).
14.4	Regress bei Richtgrößenprüfung; Klage einer Krankenkasse	Gesamtbetrag der Honorarkürzung, da die Überwachung der Wirtschaftlichkeit von übergreifendem Interesse für alle Krankenkassen und Verbände ist (LSG Rheinland-Pfalz, 24.8.2006 - L 5 B 201/06 KA -); a.A.: Höhe des auf die Krankenkasse entfallenden Regressanteils (LSG Berlin-Brandenburg, 3.4.2008 - L 7 B 18/08 KA -).
14.5	Antrag auf (allgemeine) Prüfung der sachlich-rechnerischen Richtigkeit der Abrechnung einer Gebührenordnungsposition durch Vertragsärzte	Auffangstreitwert (BSG, 17.2.2016 - B 6 KA 63/15 B -).
14.6	Auszahlung des Honorars; einstweilige Anordnung (Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung, §§ 85 Abs. 4 S. 6, 87b Abs. 2 S. 6 SGB V)	Das wirtschaftliche Interesse bemisst sich nach der Dauer des Hauptsacheverfahrens und dem Zinsinteresse (LSG Nordrhein-Westfalen, 7.11.2011 -L 11 KA 110/11 B-; 8.3.2017 -L 11 KA 63/16 B ER-; a.A.: ein Viertel des Streitwerts der Hauptsache (LSG Rheinland-Pfalz, 19.4.2012 - L 7 KA 70/11 B -)).

15.	Zulassungsverfahren von Ärzten, Zahnärzten und Psychotherapeuten (§ 95 SGB V iVm den Zulassungsverordnungen nach § 98 SGB V)	
15.1	Eintragung in das Arztregister als Vorstufe der Zulassung (§§ 95a, 95c SGB V)	<ul style="list-style-type: none"> - bei faktischer Vorwegnahme der Zulassung: Höhe der Einnahmen wie bei B.VI.15.7. - im Übrigen: Höhe der Einnahmen in dem streitigen Zeitraum der Weiterbildung (BSG, 21.3.1997 - 6 RKA 29/95 -).
15.2	Aufnahme in die Bewerberliste für das Gutachterverfahren nach § 12 Abs. 5 Psychotherapie-Vereinbarung	Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 13.3.2014 - L 7 KA 76/13 B ER -).
15.3	Einstweilige Anordnung	Höhe der Einnahmen (wie bei B.VI.15.7.) während der voraussichtlichen Verfahrensdauer von einem Jahr ohne Abschlag (Wenner/Bernard, NZS 2001, 57, 59; 2003, 568, 571; 2006, 1, 3f.; LSG Hamburg, 8.3.2011 - L 1 KA 22/11 B ER -; LSG Berlin-Brandenburg, 11.1.2012 - L 7 KA 91/11 B -; abweichend: je Instanz <Hauptsache> ein Jahr, Bayerisches LSG, 25.4.2005 - L 12 B 203/04 KA -; LSG Nordrhein-Westfalen, 17.1.2011 - L 11 KA 87/10 B ER -).
15.4	Begehren auf Anordnung der sofortigen Vollziehung eines Zulassungsbeschlusses (§ 97 Abs. 4 SGB V)	Voraussichtliche Honorareinnahmen im Zeitraum zwischen dem Zulassungsbeschluss bis zur positiven gerichtlichen Entscheidung (SG Marburg, 10.11.2011 - S 12 KA 790/11 ER -); bei Ablehnung Jahresbetrag des erwarteten Honorars (LSG Berlin-Brandenburg, 19.5.2016 - L 7 KA 51/15 B ER -) .

15.5	Entziehung der Zulassung	Wie bei B.VI.15.7., wobei auf die konkret erzielten Umsätze zurückgegriffen werden kann (BSG, 7.4.2000 - B 6 KA 61/99 B -; 25.9.2005 - B 6 KA 69/04 B -), evtl. Regelstreitwert für 12 Quartale (LSG Baden-Württemberg, 20.10.2010 - L 5 KA 2155/09 -); bei einem Laborarzt ist das gesamte Honorar bestehend aus dem Leistungsanteil und den Analyse sachkosten zu berücksichtigen (LSG Nordrhein-Westfalen, 10.12.2007 -L 10 B 39/06 KA-).
15.6	Sofortvollzug einer Entziehung der Zulassung (§ 97 Abs. 4 SGB V)	In den letzten vier Quartalen erwirtschaftete Honorare abzüglich der Praxiskosten (LSG Niedersachsen-Bremen, 18.11.2015 - L 3 KA 105/15 B ER -).
15.7	Erstzulassung	<ul style="list-style-type: none"> - Höhe der bundesdurchschnittlichen Umsätze der Arztgruppe (in den neuen Bundesländern: Durchschnitt dieser Länder) abzüglich des durchschnittlichen Praxiskostenanteils in einem Zeitraum von drei Jahren (BSG, 1.9.2005 - B 6 KA 41/04 R -; 12.10.2005 - B 6 KA 47/04 B -); abzustellen ist auf die Werte des Jahres, in dem der jeweilige Rechtszug eingeleitet worden ist, hilfsweise auf die jeweils zeitnächsten verfügbaren Daten (BSG, 25.9.2005 -B 6 KA 69/04 B-) - bei fehlenden Daten bzgl Umsätzen und Praxiskostenanteilen: Rückgriff auf durchschnittliche Werte aller Arztgruppen (BSG, 12.10.2005 - B 6 KA 47/04 B -) - bei fehlenden Daten bzgl Praxiskostenanteilen: Rückgriff auf einen "pauschalgegriffenen

		<p>Kostensatz" von 50 vH (BSG, 12.10.2005 - B 6 KA 47/04 B -)</p> <p>– Unterschreiten des "Berechnungszeitraums" von drei Jahren möglich, wenn kürzere Tätigkeit zu erwarten ist (BSG, 28.1.2000 - B 6 KA 22/99 R)</p> <p>– in einem atypischen Fall, in welchem die durchschnittlichen Umsätze der Arztgruppe dem wirtschaftlichen Interesse des Arztes nicht annähernd entsprechen, ist für jedes Quartal des Dreijahreszeitraums der Regelwert ohne Abzug von Praxiskosten anzusetzen (BSG, 12.9.2006 - B 6 KA 70/05 B -; LSG Rheinland-Pfalz, 22.6.2010 - L 5 KA 25/10 B ER -).</p>
15.8	Erteilung einer weiteren Zulassung	Mehreinnahmen innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren (BSG, 11.11.2005 - B 6 KA 12/05 B -).
15.9	Erhalt von zwei vollen Versorgungsaufträgen durch Verlegung eines Teils der ärztlichen Tätigkeit an einen anderen Ort	Auffangstreitwert (BSG, 9.2.2011 - B 6 KA 44/10 B -).
15.10	Konkurrentenklage gegen Zulassung	Wie bei B.VI.15.7.; bei einem offenen Ausgang des Auswahlverfahrens jedoch nur 1/3 des vollen Zulassungsinteresses (LSG Schleswig-Holstein, 28.6.2007 - L 4 B 269/06 KA ER -; die Hälfte: LSG Hamburg, 20.3.2015 - L 5 KA 54/14 B -; wenn Interesse nicht zu beziffern: 60.000 € <Auffangstreitwert für 12 Quartale>, BSG, 29.6.2011 - B 6 KA 4/11 B -; LSG Nordrhein-Westfalen, 16.3. 2011 - L 11 KA 96/10 B ER -; LSG Rheinland-Pfalz, 30.8.2012 - L 7 KA 41/12 - <Rücknahme des Ausschreibungsantrags>); a.A. bei Praxisübernahme:

		Durchschnittsumsatz in der Arztgruppe ohne Abzug von Praxiskosten (Wenner/Bernard, NZS 2001, 57, 60).
15.11	Nebenbestimmungen zu einer Zulassung (Bedingung)	Wie bei B.VI.15.7.
15.12	Verlegung des Arztsitzes (§ 24 Abs. 7 Ärzte-ZV)	Dreifacher Regelstreitwert (Wenner/Bernard, NZS 2001, 57, 60; LSG Berlin-Brandenburg, 25.10.2013 - L 7 KA 77/13 B ER -).
15.13	Weiterführung von Behandlungen nach Versagung der Zulassung zur vertragspsychotherapeutischen Versorgung	Zu erwartendes Honorar (BSG, 8.4.2005 - B 6 KA 52/04 B -).
15.14	Zweigpraxis (§ 24 Abs. 3 Ärzte-ZV)	Dreifacher Regelstreitwert (Wenner/Bernard, NZS 2003, 568, 572; Hessisches LSG, 13.11.2007 -L 4 KA 57/07 ER-; LSG Rheinland-Pfalz, 11.6.2010 - L 5 KA 61/09 B -; LSG Baden-Württemberg, 23.10.2013 - L 5 KA 4620/12-); a.A.: 60.000 € <Auffangstreitwert für 12 Quartale>, jedoch auch Berücksichtigung des angebotenen Zeitkontingentes sowie von Art und Umfang der ärztlichen Leistungen (LSG Nordrhein-Westfalen, 17.12.2009 - L 11 B 7/09 KA -; 16.3.2011 - L 11 KA 96/10 B ER -; 13.9.2016 - L 11 KA 78/15 -).
15.15	Erteilung einer Nebentätigkeitsgenehmigung als Konsiliararzt	Voraussichtliche Honorareinnahmen für drei Jahre abzüglich der Betriebskosten (LSG Nordrhein-Westfalen, 24.2.2006 - L 10 B 21/05 KA -).
16.	Medizinisches Versorgungszentrum (§ 95 SGB V)	
16.1	Genehmigung zur Anstellung eines Arztes (§ 95 Abs. 2 Satz 7 SGB V)	In Anlehnung an B.VI.15.8: Regelstreitwert pro Quartal für drei Jahre <60.000 €>, ggfs. multipliziert mit der Anzahl der betroffenen Vollzeitstellen

		(LSG Rheinland-Pfalz, 12.7.2011 - L 5 KA 19/11 B ER -; Sächsisches LSG, 9.12.2015 - L 8 KA 2/13 -; 30.5.2016 - L 1 KA 3/15 B -).
16.2	Zulassung	Wie 16.1: SG Karlsruhe, 17.12.2010 - S 1 KA 575/10 -; SG Marburg, 20.1.2014 - S 12 KA 117/13 -).
16.3	Nachbesetzung einer Arztstelle (§ 103 Abs. 4a Satz 3 SGB V)	Höhe des mit dem Arzt vereinbarten Gehalts im streitigen Zeitraum (LSG Baden-Württemberg, 8.12.2010 - L 5 KA 3673/10 ER-B -).
16.4	Entziehung der Zulassung (§ 95 Abs. 6 SGB V)	In Anlehnung an B.VI.15.5.: Honorarumsätze eines Jahres abzüglich der Praxiskosten (SG Berlin, 20.11.2009 - S 83 KA 673/09 ER -; LSG Berlin-Brandenburg, 9.2.2010 - L 7 KA 169/09 B ER -).
16.5.	Befreiung vom Bereitschaftsdienst (Notfalldienst)	In Anlehnung an B.VI.12.2: Auffangstreitwert (Sächsisches LSG, 14.12.2011 - L 1 KA 25/10 -).
16.6	Kosten für die Teilnahme an einer erweiterten Honorarverteilung	Durchschnittliche Kosten je beschäftigtem Arzt für drei Jahre (SG Marburg, 10.7.2009 - S 12 KA 646/08 -).
16.7	Herausgabe einer Bürgschaftserklärung (§ 95 Abs. 2 S. 6 SGB V)	Auffangstreitwert (SG Hannover, 2.9.2015 - S 78 KA 505/10 -).
17.	Praxisübernahme; Nachbesetzung (§ 103 Abs. 4 SGB V)	
17.1	Praxisveräußerung ohne Zulassungsbegehren	Kaufpreis (LSG Berlin, 23.9.1997 - L 7 Ka-SE 27/97-; BSG, 9.4.2008 - B 6 KA 3/07 B -).

17.2	Antrag auf zusätzliche Zulassung bei angestrebtem Praxisverkauf	Siehe Erstzulassung (vgl. B.VI.15.7.), da ausschließlich Zulassungsstreit (LSG Baden - Württemberg, 27.8. 1999 - L 5 KA 1576/99 W-B -).
17.3	Begehren auf Durchführung des Ausschreibungsverfahrens mit Zulassungsbegehren	Regelwert für zwölf Quartale, da Ähnlichkeit mit einer Zulassungsstreitigkeit (BSG, 28.11.2007 -B 6 KA 26/07 R-).
17.4	Anordnung der sofortigen Vollziehung eines Zulassungsbeschlusses im Nachbesetzungsverfahren	Honorarumsätze abzüglich der Praxiskosten für die (voraussichtliche) Dauer des Widerspruchsverfahrens (SG Marburg, 25.11.2011 - S 12 KA 797/11 ER -).
17.5	Anstellungsgenehmigung (§ 103 Abs. 4b SGB V)	In Anlehnung an B.VI.15.8.: Regelstreitwert pro Quartal für drei Jahre (SG Marburg, 10.9.2014 - S 12 KA 531/14 ER -).
18.	Substitutionsbehandlung	
18.1	Erteilung einer Abrechnungsgenehmigung	Auffangstreitwert (SG Marburg, 2.4.2014 - S 12 KA 301/13 -).
18.2	Anordnung der KÄV auf Beendigung der Substitutionsbehandlung eines Versicherten durch einen Vertragsarzt ("Substitutionsrichtlinie", §§ 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5, 135 SGB V)	Auffangstreitwert; auf den Umfang einer erst beabsichtigten Honorarrückforderung kann nicht abgestellt werden (Hessisches LSG, 11.3.2009 - L 4 KA 59/07 -); Auffangstreitwert auch bei Begehren um Honorierung von Leistungen nach Anordnung der sofortigen Vollziehung bis zu deren Aufhebung (BSG, 5.6.2013 - B 6 KA 4/13 B -).
18.3	Ankündigung einer Qualitätsprüfung, Aufforderung zur Vorlage von Behandlungsdokumentationen (§ 136 Abs. 2 SGB V, Qualitätsprüfungs-Richtlinie Vertragsärztliche Versorgung)	Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 28.6.2011 - L 7 KA 50/11 B ER -).

19.	Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses (§ 92 SGB V)	
19.1	Arzneimittel-RL	Bei Antrag auf Unterlassung einer bestimmten Interpretation durch den GBA: erwartete Gewinneinbuße für ein Jahr (LSG Berlin-Brandenburg, 27.8.2010 - L 7 KA 11/10 KL ER -).
20.	Abschluss eines Individualrabattvertrages mit einem zahntechnischem Labor (§§ 57 Abs. 2, 88 Abs. 2 SGB V)	Auffangstreitwert (BSG, 28.10.2015 - B 6 KA 2/15 R -; LSG Niedersachsen-Bremen, 25.11.2014 - L 4 KR 244/10 -).
VII. SGB VI - Rentenversicherung		
1.	Betriebsprüfung, Feststellung der Versicherungspflicht (§ 28p SGB IV)	
1.1	Klage des Arbeitnehmers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG.
1.2	Klage des Arbeitgebers	Höhe der Beiträge, wenn zu Beginn des Verfahrens (§ 40 GKG) auch Beitragsbescheid vorlag (LSG Schleswig-Holstein, 19.1.2015 - L 5 KR 180/15 B -); wendet sich der Kläger nur gegen die Versicherungspflicht Auffangstreitwert (BSG, 8.12. 2008 - B 12 R 37/07 B -).
1.3	Klagen sowohl des Arbeitnehmers als auch des Arbeitgebers	Es liegt auch bei Verbindung getrennter Klagen ein einheitlicher Streitgegenstand bei subjektiver Klagehäufung vor (BSG, 29.7.2015 - B 12 KR 23/13 R -: LSG Berlin-Brandenburg, 24.2.2014 - L 1 KR 271/13 -); a.A.: teilbarer Streitgegenstand und damit objektive Klagehäufung (LSG Rheinland-Pfalz, 11.12.2013 - L 6 R 152/12 B -; LSG Baden-Württemberg, 30.3.2012 - L 4 R 2043/10 -: § 183 SGG für Arbeitnehmer und § 197a SGG

		für Arbeitgeber).
1.4	Aufforderung des Arbeitgebers zur Vorlage von Unterlagen	Auffangstreitwert, evtl. zusätzlich das angedrohte Zwangsgeld (LSG Baden-Württemberg, 20.9.2012 - L 11 R 2785/12 ER -B -; 23.10.2013 - L 4 R 4066/13 ER-B -).
1.5	Aufforderung des Arbeitgebers zur Abgabe einer Meldung (§ 28a SGB IV)	Auffangstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 8.7.2016 - L 4 R 3450/15 -).
1.6	Untersagung der Ausweitung der Betriebsprüfung auf Kunden des Arbeitgebers	Auffangstreitwert (LSG Schleswig-Holstein, 27.8.2014 - L 5 KR 149/14 B ER -).
2.	Anfrageverfahren (§ 7a SGB IV)	
2.1	Klage des Arbeitnehmers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG.
2.2	Klage des Arbeitgebers	Auffangstreitwert nach wohl h.M. (BSG, 11.3.2009 - B 12 R 11/07 R -; 4.6.2009 - B 12 R 6/08 R -; 30.10.2013 - B 12 KR 17/11 R -; 20.2.2017 - B 12 KR 95/16 B -; LSG Baden-Württemberg, 17.7.2014 - L 11 R 2546/14 B -; 21.2.2017 - L 11 R 2433/16 -; Bayerisches LSG, 27.11.2015 - L 7 R 759/15 B -; zum Streitstand vgl. Reyels, jurisPR-SozR 20/2015 Anm. 6), eine Rechtsgrundlage für eine Vervielfältigung des Auffangstreitwerts besteht nicht (BSG, 5.3.2010 - B 12 R 8/09 R -; Berchtold, NZS 2014, 888), jedoch kann dieser bei Verfahren, die mehrere Personen betreffen, mit der Anzahl der Personen multipliziert werden (LSG Baden-Württemberg, 10.9.2010 - L 4 R 1775/07 -).

2.3	Klagen sowohl des Arbeitnehmers als auch des Arbeitgebers	Es liegt auch bei Verbindung getrennter Klagen ein einheitlicher Streitgegenstand bei subjektiver Klagehäufung vor (BSG, 29.7.2015 - B 12 KR 23/13 R -; LSG Berlin-Brandenburg, 24.2.2014 - L 1 KR 271/13 -); a.A.: teilbarer Streitgegenstand und damit objektive Klagehäufung (LSG Rheinland-Pfalz, 11.12.2013 - L 6 R 152/12 B -; LSG Baden-Württemberg, 30.3.2012 - L 4 R 2043/10 -; § 183 SGG für Arbeitnehmer und § 197a SGG für Arbeitgeber).
2.4	Berechtigung eines Steuerberaters zum Auftreten als Bevollmächtigter	Bei allgemeinem zukunftsgerichtetem Begehren Aufwandsstreitwert und nicht nur kostenrechtlicher Gebührenanspruch (BSG, 5.3.2014 - B 12 R 7/12 R und 4/12 R -).
3.	Rückzahlung von Rentenleistungen (§ 118 Abs. 3 und 4 SGB VI)	
3.1	Rücküberweisungsanspruch gegenüber dem Geldinstitut (§ 118 Abs. 3 SGB VI)	Höhe des Betrags (vgl. z.B. BSG, 5.2.2009 - B 13 R 87/08 R -; 24.2.2016 - B 13 R 22/15 R -).
3.2	Rückforderungsanspruch gegenüber Empfängern, Verfügenden und Erben (§ 118 Abs. 4 SGB VI)	Keine Kostenprivilegierung nach § 183 SGG, Höhe des Betrags (BSG, 10.7.2012 - B 13 R 105/11 R -; 14.12.2016 - B 13 R 9/16 R -; 3.4.2014 - B 5 R 25/13 R - <Erbe ist kein Sonderrechtsnachfolger>; a.A.: Sächsisches LSG, 30.10.2012 - L 5 R 350/11 -).
4.	Befreiung von der Versicherungspflicht	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (LSG Rheinland-Pfalz, 21.12.2004 - L 5 LW 13/04 -; LSG Hamburg, 28.6.2005 - L 3 B 138/05 R -).

5.	Rücknahme eines Rentenbescheides und Erstattungsbegehren (§§ 45, 50 SGB X); Tod des Leistungsempfängers	Bzgl. der Rücknahme eines Rentenbewilligungsbescheides gegenüber dem Leistungsempfänger Kostenprivilegierung der Hinterbliebenen als Sonderrechtsnachfolger (§ 183 S. 1 SGG) möglich, aber nicht hinsichtlich der Erstattungsforderung, insoweit gilt § 197a SGG <kein fälliger Geldleistungsanspruch, außerdem gegen den Berechtigten> (BSG, 20.3.2013 - B 5 R 16/12 R -; unveröff. Beschluss vom 11.10.2012 - B 5 R 16/12 R -).
6.	Nachversicherung (§ 233 SGB VI)	Auffangstreitwert, wenn allein die Erhebung der Verjährungseinrede Streitgegenstand ist (BSG, 27.6.2012 - B 5 R 88/11 R -).
VIII. SGB VII - Unfallversicherung		Vgl. allgemein: Becker/Spellbrink, NZS 2012, 283ff.)
1.	Anfechtung der Wahl der Vertreterversammlung (§ 46, § 57 SGB IV)	Regelstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 6.8.2004 - L 7 U 3170/04 W-A -); vgl. auch B.VI.13.1.
2.	Beitragsforderung (§ 150, § 168 SGB VII); Gefahrarif, Gefahrklassen (§§ 157ff. SGB VII)	
2.1	Veranlagungsbescheid bei noch bestehender Mitgliedschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Bei Streit um die Veranlagung dem Grunde nach: Die im Zeitpunkt der Antragstellung (§ 40 GKG) bezifferbare Beitragslast (BSG, 8.9.2009 - B 2 U 113/09 B -); bei Nichtfeststellbarkeit der erstrebten Beitragsersparnis: einfacher Auffangstreitwert (BSG, 18.1.2011 - B 2 U 16/10 R -). - Bei Streit um die Höhe der Veranlagung: Grundsätzlich die Differenz zwischen dem geforderten und dem bei

		<p>einem Erfolg der Klage zu erwartenden Beitrag (BSG, 11.4.2013 - B 2 U 8/12 R -; 13.12.2016 - B 2 U 135/16 B -; ggfs. Anhebung gem. § 52 Abs. 3 S. 2 GKG); bei Nichtfeststellbarkeit der erstrebten Beitragsersparnis: einfacher Auffangstreitwert (Becker/ Spellbrink, NZS 2012, 283ff.; Bayerisches LSG, 20.7.2015 - L 2 U 318/13 -).</p>
2.2	Veranlagungsbescheid bei beendeter Mitgliedschaft	Ausschließlich die Höhe der Beitragsforderung (BSG, 17.5.2011 - B 2 U 18/10 R -; 23.7.2015 - B 2 U 78/15 B -).
2.3	Beitragsbescheid	Höhe der Forderung (BSG, 22.9.2009 - B 2 U 32/08 R -; B 2 U 2/08 R -; 4.7. 2013 - B 2 U 2/12 R -).
2.4	Beitragszuschlag (§ 162 SGB VII); Akteneinsicht	Auffangstreitwert (BSG, 11.4.2013 - B 2 U 21/11 R -).
3.	Mitgliedschaft bei Berufsgenossenschaft (§§ 121ff., § 136 SGB VII); Zuständigkeitsstreit; Überweisung zu einem anderen Träger	<p>Bei Nichtfeststellbarkeit der erstrebten Beitragsersparnis: einfacher Auffangstreitwert (BSG, 7.3.2017 - B 2 U 140/16 B -; 18.1.2011 - B 2 U 16/10 R -; 31.1.2012 - B 2 U 3/11 R -; LSG Baden-Württemberg, 26.1.2017 - L 10 U 1029/15 -; Becker/ Spellbrink, NZS 2012, 283ff.); a.A.: Dreifacher Jahresbeitrag des Unfallversicherungsträgers, gegen dessen Zuständigkeit sich der Kläger wendet, mindestens vierfacher Auffangstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 19.1.2016 - L 9 U 1028/15 -; 24.2.2017 - L 8 U 1754/16 - unter Bezug auf BSG, 28.2.2006 - B 2 U 31/05 R -).</p>

4.	Versicherungspflicht als Unternehmer (§ 2 SGB VII)	
4.1	Feststellung der (Mit-)Unternehmereigenschaft eines Beigeladenen; Klage des Unternehmers	Auffangstreitwert (BSG, 5.2.2008 - B 2 U 3/07 R -).
4.2	Gleichzeitiger Streit um Versicherungspflicht und Beitragspflicht	Höhe der Beiträge, hilfsweise der einfache Auffangstreitwert; keine Kostenprivilegierung, da nicht nur der Status als Versicherter maßgebend ist, sondern sich der Kläger auch gegen die Erhebung von Beiträgen gegenüber ihm als Unternehmer wendet (BSG, 5.3.2008 - B 2 U 353/07 B -; 19.4.2012 - B 2 U 348/11 B -; Köhler SGB 2008, 76ff. mwN; LSG Berlin-Brandenburg, 5.11.2008 L 3 B 1007/05 U -; LSG Niedersachsen-Bremen, 4.8.2010 - L 3 B 32/08 U -); a.A.: Wegen der Identität des beitragspflichtigen Unternehmers mit dem Versicherten gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (LSG Sachsen, 2.5.2005 - L 2 B 236/04 U/LW/ER -; 22.11.2005 - L 2 B 206/05 U -; LSG Baden-Württemberg, 4.5.2005 -L 2 U 5059/04 ER-B-; Bayerisches LSG, 29.6.2005 - L 1/3 U 291/04 -; 30.11.2016 - L 2 U 106/14 -).
5.	Beschränkung der Haftung gegenüber Versicherten, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen (§§ 104ff. SGB VII)	
5.1	Klage des in der Haftung beschränkten Unternehmers bzw. Haftpflichtversicherers auf Feststellung eines Versicherungsfalles (§§ 109, 108, 104 SGB VII)	Auffangstreitwert (BSG, 26.6.2007 - B 2 U 35/06 R -; 29.11.2011 - B 2 U 27/10 R -; 8.12.2016 - B 2 U 123/16 B; LSG Baden-Württemberg, 22.5.2014 - L 6 U 5225/13 -).
5.2	Klage eines potentiell nach §§ 105, 106, 109 SGB VII haftungsprivilegierten Versicherten	Kostenprivilegierung als Versicherter (BSG, 30.8.2016 - B 2 U 40/16 B -).

5.3	Feststellung des Umfangs der von dem Unfallversicherungsträger dem Versicherten erbrachten Leistungen gegenüber dem Dritten	Höhe der Leistungen (BSG, 31.1.2012 - B 2 U 12/11 R -).
IX. SGB XI - Pflegeversicherung		
1.	Zulassung zur Pflege durch Versorgungsvertrag (§ 72 SGB XI)	Der voraussichtliche Jahresgewinn aus drei Jahren, wenn die Zulassung für mindestens drei Jahre streitig ist (BSG, 12.6.2008 - B 3 P 2/07 R -; Bayerisches LSG, 13.12.2010 - L 2 P 47/09 B -).
2.	Verantwortliche Pflegefachkraft (§ 71 Abs. 2 Nr. 1, Abs. 3 SGB XI)	
2.1	Feststellungsklage hinsichtlich der Anforderungen	Bei angestrebter Zusammenlegung von Heim- und Pflegedienstleitung: dreifacher Jahresbetrag für die Beschäftigung einer zusätzlichen verantwortlichen Pflegefachkraft (BSG, 22.4. 2009 - B 3 P 14/07 R -).
2.2	Klage auf Anerkennung als verantwortliche Pflegefachkraft	Regelstreitwert (BSG, 18.5.2011 - B 3 P 5/10 R -).
3.	Kündigung des Versorgungsvertrages eines Pflegedienstes (§ 74 SGB XI)	Auf Grund der gravierenden finanziellen Folgen einer Zulassungsentziehung der dreifache Jahresumsatz (BSG, 12.6.2008 - B 3 P 2/07 R -; Bayerisches LSG, 12.10.2011 - L 2 P 41/10 B ER -) bzw. erzielbare Einnahmen für drei Jahre (Hessisches LSG, 26.9.2005 - L 14 P 1300/00 -; LSG Berlin-Brandenburg, 31.8.2006 - L 24 B 31/06 P ER); a.A.: dreifacher Jahresgewinn in Anlehnung an § 42 Abs. 2 GKG (LSG Rheinland-Pfalz, 2.2.2011 - L 5 P 51/10 B -).

4.	Klage auf Zustimmung zur gesonderten Berechnung von Aufwendungen der Pflegeeinrichtung (§ 82 Abs. 3 SGB XI)	Der dreifache Jahresbetrag der wiederkehrenden Leistungen (§ 42 Abs. 2 GKG) je Pfl egetag und Heimbewohner unter Berücksichtigung des Auslastungsgrades (LSG Sachsen-Anhalt, 16.3.2011 - L 4 P 12/07 -; nachfolgend BSG, 8.9.2011 - B 3 P 2/11 R -).
5.	Schiedsspruch zur Vergütung von Pflegeleistungen (§ 85 Abs. 5 SGB XI)	
5.1	Ambulante Pflegeleistungen (§§ 89 Abs. 3 S. 4, 85 Abs. 5 SGB XI)	Regelstreitwert (BSG, 29.1.2009 - B 3 P 8/07 R -; 17.12.2009 - B 3 P 3/08 R -).
5.2	Stationäre Pflegeleistungen (§§ 84 Abs. 4, 87 S. 3, 87b Abs. 1 S. 1, 85 Abs. 5 SGB XI)	Wirtschaftliche Bedeutung: Differenz zwischen der geforderten Vergütung/ dem Angebot der Pflegekassen und dem Schiedsspruch sowie dessen Auswirkungen auf das wirtschaftliche Ergebnis im vom Schiedsspruch umfassten Zeitraum (BSG, 29.1.2009 - B 3 P 9/07 R -; 12.9.2012 - B 3 P 5/11 R -; 29.1.2009 - B 3 P 6/08 R und 16.5.2013 - B 3 P 2/12 R - : ohne Abschlag wegen des Begehrens auf Neubescheidung; LSG Nordrhein-Westfalen, 21.1.2009 - L 10 B 20/08 P -; 1.4.2009 - L 10 B 42/08 P -); evtl. Anhebung nach § 52 Abs. 3 S. 2 GKG (BSG, 25.1.2017 - B 3 P 3/15 R -).
6.	Pflegesatzvereinbarung; Auskunftsklage zur Vorbereitung einer Zahlungsklage (§§ 82ff. SGB XI)	Grad der Abhängigkeit der Durchsetzbarkeit der Ansprüche von der Auskunft, idR ein Fünftel des Zahlungsanspruches (LSG Schleswig-Holstein, 14.10.2005 - L 3 P 4/05 -); vgl. auch A.II.7. und 8.
7.	Zahlung des Anerkennungsbetrages nach § 87a Abs. 4 SGB XI	Höhe des Betrags (BSG, 30.9.2015 - B 3 P 1/14 R -).
8.	Pflegestützpunkt (§ 92c SGB XI idF bis 31.12.2015, § 7c SGB XI idF ab 1.1.2016)	Bei Widerrufs- und Erstattungsbescheid Höhe des

		Erstattungsbetrags (LSG Baden-Württemberg, 9.12.2016 - L 4 P 2987/14 -).
9.	Ergebnisse von Qualitätsprüfungen (§ 115 SGB XI)	
9.1	Untersagung der Veröffentlichung eines Pflege- transparenzberichtes (§ 115 Abs. 1a SGB XI)	Voller Auffangstreitwert auch im Verfahren nach § 86b SGG (§§ 53 Abs. 2 Nr. 4, 52 Abs. 2 GKG; Sächsisches LSG, 24.2.2010 - L 1 P 1/10 B ER -; LSG Berlin-Brandenburg, 29.3.2010 - L 27 P 14/10 B ER und 2.8.2013 -L 27 P 86/12 B-; LSG Sachsen-Anhalt, 11.8. 2011 - L 4 P 8/11 B ER -; LSG Niedersachsen-Bremen, 12.8.2011 -L 15 P 2/11 B ER-).
9.2	Beseitigung der Veröffentlichung eines Pflegetransparenzberichtes (§ 115 Abs. 1a SGB XI)	Voller Auffangstreitwert auch im Verfahren nach § 86b SGG (§§ 53 Abs. 2 Nr. 4, 52 Abs. 2 GKG; LSG Berlin-Brandenburg, 3.8.2012 - L 27 P 39/12 B ER -, doppelter Auffangstreitwert, wenn auch Untersagung künftiger Veröffentlichung Gegenstand)
9.3	Maßnahmenbescheid nach § 115 Abs. 2 SGB XI	Multiplikation des Auffangstreitwerts mit der Anzahl der Maßnahmen (LSG Berlin-Brandenburg, 4.6.2009 - L 27 B 105/08 P -; 7.7.2010 - L 27 P 12/10 B -; 31.7.2013 - L 27 P 66/11 B -; 18.9.2014 - L 27 P 46/14 B -) bzw. der Maßnahmekomplexe (LSG Nordrhein-Westfalen, 26.5.2010 - L 10 B 41/09 P -; 7.3.2012 - L 10 P 133/11 B -); a.A.: Auffangstreitwert, auch wenn mehrere Maßnahmen festgelegt wurden (SG Hildesheim, 29.7.2009 - S 51 P 41/09 ER -; van der Ploeg, NZS 2011, 212 unter Bezug auf LSG Niedersachsen-Bremen, 21.1.2010 -L 15 P 69/09 B-).
10.	Beitragserstattungsanspruch eines Trägers einer Werkstatt für behinderte Menschen (§ 59 Abs. 1 S. 1 SGB XI iVm § 251 Abs. 2 S. 2	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Leistungsempfänger>

	SGB V)	(BSG, 23.7.2014 - B 12 P 1/12 R -).
11.	Private Pflegeversicherung	Für Versicherte gilt die Kostenprivilegierung des § 183 SGG (BSG, 12.2.2004 - B 12 P 2/03 R -; 19.4.2007 - B 3 P 6/06 R -); § 183 Satz 1 SGG ist entsprechend anzuwenden bei dem Übergang von Ansprüchen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf den Ehegatten (BSG, 28.9.2006 - B 3 P 3/05 R -).
X. SGB XII - Sozialhilfe		
1.	Abschluss von Vereinbarungen mit Einrichtungen (§§ 75ff. SGB XII)	
1.1	Leistungs- und Prüfungsvereinbarung (§ 75 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 und 3 SGB XII)	Auffangstreitwert, keine Berücksichtigung einer möglichen höheren Vergütung (LSG Niedersachsen-Bremen, 19.12.2006 - L 8 B 37/06 SO -; LSG Berlin-Brandenburg, 8.1.2016 - L 15 SO 145/13 B-).
1.2	Vergütungsvereinbarung (§ 75 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 SGB XII)	Gewinn bzw. Mindereinnahmen innerhalb von drei Jahren, wenn kein kürzerer Zeitraum streitig ist. Maßgebend sind die Pflegeplätze, die mit Personen belegt sind, für die der Sozialhilfeträger eintrittspflichtig ist (LSG für das Saarland, 4.12.2008 - L 11 B 8/08 SO -).
2.	Entscheidungen der Schiedsstelle (§§ 77, 80 SGB XII)	
2.1	Begehren einer höheren Vergütung	Differenz der begehrten zu der festgelegten Vergütung im Vergütungszeitraum (BSG, 23.7.2014 - B 8 SO 3/13 R -; 7.10.2015 - B 8 SO 1/14 R - und - B 8 SO 19/14 R -; Hessisches LSG, 25.2.2011 - L 7 SO 237/10 KL -; kein Abschlag bei isolierter Anfechtung).

		tungsklage: LSG Mecklenburg-Vorpommern, 6.9.2012 - L 9 SO 11/10 -; LSG Berlin-Brandenburg, 18.8.2016 - L 23 SO 187/14 KL -).
2.2	Anordnung der sofortigen Vollziehung eines Beschlusses der Schiedsstelle	Dreifacher Jahreswert der Vergütungsdifferenz, da Fortgeltung der Vereinbarung nach § 77 Abs. 2 S. 4 SGB XII (LSG Nordrhein-Westfalen, 3.1.2017 - L 9 SO 419/16 ER KL -).
3.	Erteilung einer Auskunft über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse (§ 117 SGB XII)	Auffangstreitwert ohne Abschlag, da § 52 Abs. 2 GKG dies nicht vorsieht (BSG, 14.5.2012 - B 8 SO 78/11 B -; 20.12.2012 - B 8 SO 75/12 B -; 8.2.2017 - B 8 SO 71/16 B -).
4.	Anspruchsübergang nach dem Tod des Leistungsberechtigten (§ 19 Abs. 6 SGB XII)	Es gilt die Kostenprivilegierung des § 183 SGG für den, der dieses Recht geltend macht (BSG, 1.9.2008 - B 8 SO 12/08 B -; 13.7.2010 - B 8 SO 13/09 R -; 2.2.2012 - B 8 SO 15/10 R -).
5.	Erstattungsanspruch des Nothelfers (§ 25 SGB XII)	Kostenprivilegierung (§ 183 SGG), da Fortwirkung des ursprünglichen Sozialhilfeanspruchs des Leistungsberechtigten (BSG, 11.6. 2008 - B 8 SO 45/07 B -; 19. 5.2009 - B 8 SO 4/08 R -; 23.8.2013 - B 8 SO 19/12 R-; 30.10.2013 - B 7 AY 2/12 R-; 12.12.2013 - B 8 SO 13/12 R -); evtl. dann keine Kostenprivilegierung, wenn offensichtlich kein Anspruch (LSG Niedersachsen-Bremen, 17.12.2015 -L 8 SO 194/11-).
6.	Heranziehung zu einem Kostenbeitrag gem. § 92 Abs. 1 S. 2 SGB XII und § 92a SGB XII	
6.1	Gegenüber dem Leistungsberechtigten	Kostenprivilegierung (§ 183 SGG)

6.2	Gegenüber den anderen in § 19 Abs. 3 SGB XII (§ 92 Abs. 1 SGB XII) oder § 92a Abs 1 SGB XII genannten Personen	Keine Kostenprivilegierung (BSG, 20.4.2016 - B 8 SO 25/14 R -; vgl. auch 8.); a.A.: entsprechende Anwendung des § 183 SGG (SG Braunschweig, 4.3.2011 - S 32 SO 208/08 -; Meyer-Ladewig, SGG, 11. Aufl., § 183 RdNr. 7a).
7.	Überleitung von Ansprüchen (§ 93 SGB XII); Überleitungsbescheid	
7.1	Klage des Schuldners gegen die Überleitung	Auffangstreitwert (BSG, 25.4.2013 - B 8 SO 104/12 B -; Sächsisches LSG, 11.6.2012 - L 7 SO 22/10 B ER -; Bayerisches LSG, 30.7.2015 - L 8 SO 146/15 B -, jedenfalls wenn keine Anhaltspunkte zur Höhe der übergeleiteten Forderung vorliegen.
7.2	Klage des Sozialhilfeempfängers	Keine Kostenfreiheit nach § 183 SGG und im Regelfall Auffangstreitwert; nur dann die Höhe des übergeleiteten Anspruchs, wenn dieser nicht streitig ist (LSG Nordrhein-Westfalen, 9.1.2007 - L 20 B 137/06 SO -).
8.	Kostenersatz durch Erben (§ 102 SGB XII)	Keine Kostenprivilegierung (BSG, 23.3.2010 - B 8 SO 2/09 R -).
9.	Erstattungsstreitigkeiten zwischen Sozialhilfeträgern	Keine Kostenprivilegierung, § 197a Abs. 3 SGG gilt (BSG, 13.7.2010 - B 8 SO 10/10 R -; 13.2.2014 - B 8 SO 11/12 R -; 28.1.2016 - B 13 SF 3/16 S -); bei Begehren auf Feststellung der <weiteren> Erstattungspflicht Auffangstreitwert (BSG, 23.8.2013 - B 8 SO 14/12 R -), vgl. auch 10.2.

10.	Beteiligung von Trägern der Sozialhilfe	
10.1	Allgemein	<p>Die Träger der Sozialhilfe sind in allen Streitigkeiten, die nicht Erstattungsstreitigkeiten sind (§ 197a Abs. 3 SGG, vgl. 9.) und die in einem engen sachlichen Zusammenhang mit den gesetzlichen Aufgaben des Trägers der Sozialhilfe stehen, von den Gerichtskosten nach § 64 Abs. 3 Satz 2 SGB X befreit; dies ist ggfs. im Tenor auszusprechen (BSG, 23.7.2014 - B 8 SO 2/13 R -; 28.1.2016 - B 13 SF 3/16 S -). Die Kostenentscheidung ist nach § 197a SGG zu treffen (BSG, 7.10.2015 - B 8 SO 19/14 R -; 28.1.2016 - B 13 SF 3/16 S -; 20.4.2016 - B 8 SO 25/14 R -; LSG Nordrhein-Westfalen, 19.3.2009 - L 9 SO 9/07 -). Aus § 197a Abs. 3 SGG lässt sich eine weitergehendere Kostenbefreiung für einen Sozialhilfeempfänger oder einen Dritten nicht herleiten (LSG Nordrhein-Westfalen, 9.1.2007 - L 20 B 137/06 SO -; LSG Baden-Württemberg, 22.11.2007 - L 7 SO 5195/06 -; Meyer-Ladewig, SGG, 11. Aufl., § 197a Rdnrn. 2a und 2b; Groth, SGB 2007, 536, 537).</p>
10.2	Beteiligung eines Landes als Träger der Sozialhilfe	<p>Befreiung von Gerichtskosten auch dann, wenn es an Erstattungsstreitigkeiten mit anderen Leistungsträgern beteiligt ist (§ 2 Abs. 1 Satz 1 GKG; Groth, SGB 2007, 536, 537f.).</p>